

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 251 · 21. JAHRGANG · AUSGABE 12/2015 VOM 8. DEZEMBER 2015 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | Gleichgültigkeit
schadet allen

25. Todestag von Amadeu Antonio

6 | Standortfaktor
Schulsozialarbeit

Verlängerung und Vollzeitstellen

10/11 | Baumschutz
auf barnimsch

Was Baumschutzoffiziere dürfen...

Bahnwerk gehört in Arbeiterhand

Bürgermeister Friedhelm Boginski will das Bahnwerk Eberswalde kaufen

In der Lügenposse um das Bahnwerk Eberswalde (Seite 2) ist der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski ein viel zu kleines Licht, um mitspielen zu können. Insofern kann man seinem öffentlich zur Schau gestellten Ärger und seiner Wut wegen der jüngsten Entwicklungen durchaus Glauben schenken.

Boginski sagte laut dpa, es sei nicht nachvollziehbar, daß die Bahn den Betrieb in Eberswalde aufgeben wolle. Die Auftragsbücher seien voll. Sollte es der Bahn um Marktberingung zugunsten westdeutscher Standorte gehen, solle sie dies auch so sagen. Bisher seien mangelnde Aufträge und Kostengründe Argumente der Bahn gewesen.

Das am 5. Dezember öffentlich gemachte Angebot, das Bahnwerk als Stadt zunächst selbst zu übernehmen, schlummerte sicherlich als Plan B bereits im Schubfach. Daß ein solcher Plan B nicht einmal im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 3. Dezember zumindest angedeutet wurde, zeugt allerdings von tiefem Mißtrauen des Bürgermeisters gegenüber den gewählten Volksvertretern.

Diese werden den Affront sicherlich schlucken und die Idee unterstützen – schließlich geht es um die Sache. Um solch ein Angebot an die Deutsche Bahn AG zu machen, müssen die Stadtverordneten ohnehin ins Boot geholt werden. Genügend liquide Mittel, um den Eigenkapitalanteil für eine Finanzierung zu leisten, sind vorhanden. Vielleicht ist der Laden auch zum Treuhandpreis (Appel und Ei) zu haben. Immerhin spart die Bahn AG die Schließungskosten. Die Landesregierung hat eine weitestgehende Förderung für den Erhalt des Bahnwerks zugesagt und wäre bei einer kommunalen Variante auf jeden Fall mit dabei, vertraut man den Aussagen von Ministerpräsident Dietmar Woidke und seinem Wirtschaftsminister Albrecht Gerber.



... oder: Macht der letzte das Licht aus?

Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Ob die Bahn AG und ihr Chef Dr. Grube auf das Angebot eingehen werden, dürfte indes eher unwahrscheinlich als ungewiß sein. Bahnchef Grube kann zweifelsfrei damit leben, in Eberswalde als der Bösewicht zu gelten. Ebenso zweifelsfrei gönnt er den »kleinen Lichtern«, zu denen aus Grubes Sicht bestimmt auch Ministerpräsident Woidke gehört, ihren PR-Erfolg, sich als Retter des Bahnwerks darstellen zu können – welche dann letztlich nur wegen des Bösewichts Grube scheitern wird.

Vielleicht sollten nun auch die Belegschaftsmitglieder statt zu resignieren einen Zahn zulegen, den Betrieb besetzen und ihre Zukunft selbst organisieren. Was haben sie noch zu verlieren?

GERD MARKMANN

Der Beweis wurde ordnungsgemäß und ganz schnell gelöscht

Eberswalde (bbp). Zu Beginn der 15. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) hatte Carsten Zinn (Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) mündlich seine Einwendung zur Niederschrift der 14. StVV-Sitzung geltend gemacht. Sein Einwand betraf die fehlende Wiedergabe eines Redebeitrages von ihm, den er gemäß § 13 Absatz 2 Punkt 9 der Geschäftsordnung als protokollrelevant angemeldet hatte. Er hatte sich gegen Vorwürfe des Bürgermeisters im Zusammenhang mit der Vorsitzendenwahl im Zoobeirat verteidigt.

Auf dem Tonmitschnitt war deutlich zu hören, daß Carsten Zinn die Aufnahme seines Wortbeitrages in die Niederschrift gefordert hatte. Seitens der zuständigen Mitarbeiterin im Stadtverordnetenbüro wurde eine

Klärung zugesagt, was allerdings nicht erfolgte. Folgerichtig kam es am 26.11. zur mündlichen Einwendung. Statt aber den Einwand wie normalerweise üblich einfach aufzunehmen, zweifelte der StVV-Vorsitzende Volker Passoke daran, daß Zinn tatsächlich die Aufnahme in die Niederschrift gefordert habe. Dieser schlug daher vor, den Tonmitschnitt gemeinsam anzuhören und ggf. der Stadtverordnetenversammlung vorzuspielen. Darauf ging der Vorsitzende nicht ein und der Einwand wurde abgelehnt.

Dabei war der Einwand, wie die Tonaufzeichnung bewies, berechtigt. Der Beweis allerdings war am Vormittag des nächsten Tages, wie auf Nachfrage mitgeteilt wurde, bereits gelöscht.

Altersdemenz

Der deutsche Bundestag hat den Einsatz der deutschen Bundeswehr in Syrien beschlossen. Die regierenden Parteien schicken deutsche Soldaten zum Krieg in ein fremdes Land, um dort den Terror zu bekämpfen, wie sie es nennen. Und natürlich führen sie viele hochwichtige Gründe für ihre militärische Intervention an. Nach allem, was man jetzt schon wissen kann, zeigt dieser militärische Einsatz das Versagen von Politik und Politikern und wird mit Sicherheit scheitern. Dieses Wissen ist für jedermann zugänglich. Zur Begründung werden nachfolgend drei wesentliche Tatsachen aufgeführt.

Die Deutschen mußten im vorigen Jahrhundert schmerzlich erkennen, daß man auch mit noch so großem Aufwand Politik nicht mit kriegerischen Mitteln durchsetzen kann. Unsere Vorfahren haben zwei Angriffskriege geführt und unter großen Leiden verloren. Diese kollektiven Erfahrungen sind im deutschen Grundgesetz fixiert, von fast allen Menschen fest verinnerlicht und bei der friedlichen Neugestaltung der Bundesrepublik in jüngster Zeit der ganzen Welt eindrucksvoll vorgeführt worden. Die Deutschen sind friedlich geworden. Die Bundesrepublik hat sich aus Kriegen herausgehalten und friedliche Konfliktlösungen unterstützt, was dem Ansehen, der Wirtschaft, der Gesellschaft und den Menschen dieses Landes und seiner Nachbarn sehr zu Gute gekommen ist.

Wer in Syrien Krieg führt, wird diese Erfahrungen noch machen. Aber offensichtlich wurden noch nicht genug Kriege verloren. Die Kriege der Sowjetunion in Afghanistan, Frankreichs in Algerien sowie der USA in Vietnam und Irak haben wie so viele andere ihre Ziele nicht erreicht. Statt dessen haben sie viel Leid über die Menschen gebracht, die Grundlagen gegenwärtiger Konflikte nicht beseitigt, sondern verstärkt, und die Suche nach friedlichen Lösungen behindert. Kriege wurden immer geführt, um politische Fehler und Versäumnisse zu verborgen. Friedliche Mittel wurden weder ausgeschöpft noch weiterentwickelt. Kriege beruhen immer auf Versagen von Politik und Politikern.

Außerdem lassen sich Ziele militärischer Angriffe im Nachhinein nicht überprüfen. Zum einen, weil sie aus nebulösen Situationen von konturlosen Auftraggebern ohne Verantwortung nicht ausreichend präzise beschrieben werden, und vor allem, weil sich die Ergebnisse der Kriege nicht mit denen friedlicher Lösungen vergleichen lassen. Man kann hinterher nicht feststellen, was passiert wäre, wenn diese militärischen Aktionen nicht stattgefunden hätten. Das ist heute allen bekannt. Wer Krieg gegen wen auch immer führt und befürwortet, leidet an Altersdemenz und paßt nicht in die Zeit. Kriege sollten deshalb verhindert, kriegerische Politiker sollten abgelöst und behandelt werden.

Dr. MANFRED PFAFF

Dementis und De-Dementis zur Bahnwerkschließung

Eine ungeklärte Pause

PR ist alles oder Alles ist Lüge

Eberswalde (bbp). Am Freitag, dem 4. Dezember, veröffentlichten die »Potsdamer Neuesten Nachrichten« (PNN) die Meldung, wonach Bahnchef RÜDIGER GRUBE bereits am Montag der Woche (30.11.) jener Zeitung gegenüber erklärt habe, daß es für das Bahnwerk in Eberswalde keine Zukunft gebe. Wieso sich die Zeitung vier Tage Zeit ließ, um mit dieser Topmeldung herauszukommen, bleibt unerklärt.

Mit selbiger titelte stattdessen am Dienstag (1.12.) die »Märkische Oderzeitung«. Allerdings gab es sofort Dementis seitens der Bahn, die bereitwillig aufgegriffen wurden.

Der Brandenburgische Ministerpräsident DIETMAR WOIDKE und sein Wirtschaftsminister ALBRECHT GERBER (beide SPD) hatten angekündigt, daß sie am Mittwoch (2.12.) die Bahnwerker in Eberswalde besuchen würden. Woidke konnte nach den Dementis noch öf-

fentlichkeitswirksam erklären, daß er alles zum Erhalt »dieses wichtigen Industriestandortes« tun werde. Sogar mit der Kanzlerin wolle er reden. Was er in den Monaten zuvor offensichtlich nicht getan hatte. Er hoffe, »daß auch die Bahn ihren Beitrag leistet, um dann eine Fortführung oder einen Neustart mit einem neuen Investor zu ermöglichen«, sagte der Ministerpräsident am Mittwoch, an dessen Seite auch Landrat BODO IHRKE (SPD) und Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI (FDP) an der Kundgebung vor dem Bahnwerk teilnahmen. Unterstützung für den Erhalt hatten zuvor zudem die Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-Landtagsfraktion in Briefen an Bahnchef Grube signalisiert. An ihre Parteifreundin im Kanzleramt schrieben sie offenbar nicht.

Die Deutsche Bahn AG ist ein Unternehmen, das zu 100 % dem Bund gehört. Die Regierung bilden CDU/CSU und SPD.

Noch in der Sitzung des städtischen Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am Donnerstagabend (3.12.) verkündete Wirtschaftsamtsleiter JAN KÖNIG, der bekannte Stand der Dinge sei, daß noch keine Entscheidung bekannt sei.

Zeitgleich lief in den Abendnachrichten des RBB-Fernsehens die PNN-Nachricht über den Bildschirm.

Bilder, die Angst machen

Die Bilder in den Medien von den Flüchtlingsströmen, sie machen mir große Angst. Nicht um meine Person oder meinen Wohlstand, sondern um die armen Flüchtlinge mit ihren Kindern, die noch am Ende ihrer Flucht draußen vor Stacheldraht-Zäunen verhungern oder erfrieren können.

Wie wäre das, wenn die Regierung allen Medien erlauben würde, täglich Bilder zu bringen, nicht nur Zahlen, sondern alle Waffen, Bilder von Panzern, Raketen, Sturmgewehren und sonstigen Mordwaffen, die täglich von Deutschland in die Kriegs- und Krisengebiete verschickt werden?

Da sollten wir friedliebende Menschen alle bereit sein, diese Wege ein für allemal zu versperren und die Rüstung zum Stopp zu zwingen. Es geht um die Menschlichkeit.

ELISABETH MONSIG, Gartz, 91 Jahre

Die BRD im Krieg

Die Bundesregierung will die Bundeswehr in Syrien einsetzen. Dieser Einsatz ist völkerrechtswidrig. Er wird den Konflikt weiter anheizen und die internationalen Spannungen verschärfen. Die BRD wird damit zur Kriegspartei.

Wir sagen: NEIN zu deutschem Militär in Syrien! JA zur politischen Lösung!

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Kein Einsatz der Bundeswehr in Syrien.
- Stopp aller Waffenlieferungen in die Region.

- Austrocknung der Finanzierungs- und Einnahmequellen des »Islamischen Staates« und anderer Terrormilizen.

- Auf ihre regionalen Verbündeten, besonders die Türkei, Saudi Arabien und Qatar, Druck auszuüben, damit diese jegliche Unterstützung der Terrororganisationen einstellen.

- Sich im Sinne der Wiener Vereinbarungen einzusetzen für einen innersyrischen Dialog, um den Weg freizumachen für eine politische Lösung des Konflikts. Die nationale Souveränität Syriens muß endlich respektiert werden. Das syrische Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung.

LAURA von WIMMERSPERG, »Aktionsbündnis: Kein Bundeswehreinsatz in Syrien«

Neujahrsempfang in der Anstalt

Eberswalde (bbp). Zum Neujahrsempfang 2016 für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Eberswalde lädt Bürgermeister Friedhelm Boginski diesmal am 16. Januar auf das Gelände des Martin-Gropius-Krankenhauses in Nordend (Oderberger Straße 8) ein. Das Krankenhaus für Psychiatrie und Neurologie

gehört zum regionalen Gesundheitskonzern GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheit. Die Wahl des Ortes ist zugleich eine Würdigung zum 150-jährigen Bestehens des Krankenhauses. Es ist davon auszugehen, daß der Neujahrsempfang traditionell um 16 Uhr beginnt.

25. Todestag von Amadeu Antonio

Gleichgültigkeit schadet allen

Vor einem Vierteljahrhundert starb Amadeu Antonio durch rassistische Gewalt. Seine Verwandten und Freunde verloren mit dem 28-jährigen einen unverwechselbaren Menschen. Eberswalde geriet durch diesen Mord weltweit in die Schlagzeilen. Die rassistische Hetze richtete sich damals im vereinten Deutschland vor allem gegen Nichtweiße, gegen Aussiedler, gegen geflüchtete, jüdische und muslimische Menschen, oft auch gegen jene, die mit ihnen verbunden waren und sie schützten.

Rassismus ist eine Schande und der Nährboden für Verbrechen. Die langen Listen rassistischer und rechtsextremer Morde verdeutlichen die tödlichen Konsequenzen und die Kontinuität von Rassismus. Die Welle rechter Hetze und rassistischen Terrors erreichte 2015 neue Dimensionen, vor allem durch Angriffe auf geflüchtete Menschen und ihre Unterkünfte.



Foto: Archiv

»Es ist nicht egal, wie du lebst, du hast die Wahl«, beginnt ein Lied gegen die Gleichgültigkeit. Wir können unsere Haut, unsere Leistungen, unsere Weltanschauung, unseren Glauben, unsere sexuelle Orientierung, unser Alter, unsere Bildung, unsere Herkunft usw. als etwas betrachten, das uns voneinander trennt, das uns in »höherwertiger« und andere Menschen in »niedrige« einteilt. Dies führt zu Frust, Ausgrenzung und Konkurrenz, zu Macht und Ohnmacht, zu Gewalt und Krieg.

Wir können aber auch viel vom dem, was uns unterscheidet, als wunderbar vielfältig und lebendig betrachten, z.B. unsere Haut als das, was uns mit dem Universum und mit andern Menschen verbindet. Diese Haltung ermöglicht Mitgefühl, Kooperation, Freude am Leben, Ausgleich von Interessen, die Suche nach gewaltfreien Lösungen in persönlichen und gesellschaftlichen Konflikten.

Rassismus verletzt grundlegende Menschenrechte. Er ist tief in der europäischen und amerikanischen Gesellschaft und Geschichte verwurzelt. Seine Quellen, seine kolonialen Brutalitäten, seine bis zum Wahn und bis Auschwitz gesteigerten Ausprägungen, seine Überlebensfähigkeit in sehr unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, seine schmerzhaften Auswirkungen bis heute sind trotzdem wenig bekannt und erforscht.

Vor 130 Jahren endete in Berlin die Konferenz, bei der Afrika wie ein Kuchen aufgeteilt wurde. Einhundert Jahre nach dem Ende deutscher Kolonialherrschaft erklärte 2015 mit

Norbert Lammert erstmals ein hoher Repräsentant Deutschlands, die massenhafte Tötung von Männern, Frauen und Kindern aus den Völkern der Hereros und Namas 1904 bis 1908 in Namibia (»Deutsch-Südwest«) müsse auch Völkermord genannt werden.

Manches ist in den letzten Jahrzehnten durch gewaltfreie Bewegungen, Proteste, Initiativen und Gesetzesänderungen besser geworden. Barack Obama faßte die Fortschritte trotz rassistischer Polizeigewalt für die USA so zusammen: »Es ist besser geworden, nicht gut, aber besser.«

In Eberswalde bemühen sich immer mehr Menschen mit Herz und Verstand um ein Klima, in dem Vorurteilen und Ausgrenzung, Neid, Haß und Gewalt aktiv entgegengetreten wird. Das tun wir nicht, weil wir »die Guten« sind, sondern weil wir eine bunte und demokratische, gerechte und solidarische Gesellschaft wollen. Ein lebenswertes Leben für uns und die folgenden Generationen.

Wir trauern um Amadeu Antonio und um andere einmalige Menschen, die Opfer von Rassismus wurden und die uns fehlen. In unserer Trauer beziehen wir all jene ein, die auch im Barnim diskriminiert, verfolgt, vertrieben, deportiert und getötet wurden.

Mit unserer Geschichte sind wir unlösbar verbunden im Guten wie im Bösen.

Die Erinnerung hilft uns, sie verbindet Vergangenheit mit Gegenwart und Zukunft.

Zu den Aufgaben der Gegenwart gehört es, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung zu erkennen und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenzuwirken.

Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«,
c/o Jugendtreff Wolke6, Kirchstraße 6, 16225
Eberswalde, Mail: pazifissimo@googlemail.com

Erinnerung an Amadeu Antonio

Donnerstag, 10.12., 19.30 Uhr
(Tag der Menschenrechte)

»Mein Weg vom Kongo nach Europa«,
Zwischen Widerstand, Flucht und Exil.

Autorenlesung und Gespräch mit
EMMANUEL MBOLELA

Ort: Bibliothek im Bürgerbildungszentrum
Amadeu Antonio, Puschkinstraße 13

Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«,
Augusto Jone Munjunga, Baran Dincer,
Steffen Ehlert, Nhung Pham Thi,
Florian Görner und Dieter Gadischke

»Übles Nest« hatta jesagt

Vor 25 Jahren wurde Amadeu Antonio in Eberswalde ermordet. Viele Veranstaltungen erinnern daran und die Medien berichten.

So reiste Mitte November ein dpa-Reporter nach Eberswalde. Er traf sich mit dem Sohn des Mordopfers, der damals noch nicht geboren war, und sprach auch mit dem Eberswalder Koordinator für Toleranz Kai Jahns. Der dpa-Artikel erschien in mehreren Zeitungen, beispielsweise in den »Potsdamer Neuesten Nachrichten« und der »Märkischen Allgemeinen«. Dort unter der Überschrift des Autors »Daheim in Eberswalde«.

Auch die linke Tageszeitung »Neues Deutschland« (ND, 20.11.2015) übernahm den dpa-Artikel. Allerdings war der ND-Redaktion offenbar der Titel zu wenig reißerisch. Also suchte man und fand ein Zitat von Kai Jahns. Und das ND titelte: »Daheim im 'üblen Nest'«.

Das rief in Eberswalde die Protestler auf den Plan. Welch »skandalöse Nestbeschmutzung«. Der eine erzählte es dem anderen. Kaum jemand las nach, was der Toleranzkoordinator wirklich gesagt hatte.

Tatsächlich, er hatte das böse Wort benutzt. Aber in einem konkreten Zusammenhang: »Eberswalde war bis zur Jahrtausendwende ein übles Nest«. Es war die Rede davon, wie der damals 9jährige Amadeu Antonio junior sich auf der Straße als »Negerbastard« bezeichnen lassen und viele Eberswalder Stadtteile wegen seiner dunklen Hautfarbe meiden mußte. Was das ND mit seiner Überschrift ignorierte, ist der Fakt, daß Kai Jahns von der Vergangenheit sprach. In den vergangenen Jahren habe sich einiges geändert, sagte er dem dpa-Reporter. »Zivilgesellschaft und Verwaltung« gingen inzwischen gemeinsam gegen Rechts vor. Seitdem trete der Rechtsextremismus in der Stadt nicht mehr so unverblümt und dominant auf, wie noch in den 90er Jahren. »Eine Entwicklung, die ganz positiv ist«, sagt Jahns.

Auf der Internetseite www.toleranteseberswalde.de bringt er weitere Beispiele, die seine Einschätzung, daß Eberswalde bis zur Jahrtausendwende ein übles Nest war, stützen. Er berichtet von dem brutalen Überfall auf zwei Frauen, eine davon hochschwanger. Ihr »Vergehen«: sie waren mit Afrikanern befreundet. Damals brannte auch das Domizil des Afrikanischen Kulturvereins Palanca, angesteckt von zwei jungen Männern aus Eberswalde. Im gleichen Jahr wurde Falko Lüdtko von einem Nazi umgebracht. 100 Meter neben der Stelle, an der Amadeu Antonio ermordet wurde.

Der Widerspruch gegen das Agieren von Nazis ist heute größer geworden. Doch in vielen Köpfen lebt subtiler Rassismus fort. Das merkte man, als vor einigen Jahren der Vorschlag diskutiert wurde, eine Straße nach Amadeu Antonio zu benennen. Und man merkt es heute, wenn bereitwillig und ohne Interesse an den Zusammenhängen gegen angebliche »Nestbeschmutzer« getönt wird.

GERD MARKMANN

Drei Jahre lang hatte er sich darum gedrückt, die überhöhten Fernwärmekosten der WHG-Mieter zu prüfen und zu korrigieren. Dabei war es die von der Stadt Eberswalde selbst beauftragte Firma BLS Energieplan Berlin, die bei der Erarbeitung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes der Stadt darauf hinwies, daß die von der WHG bei EWE bestellte Anschlußleistung für Fernwärme zu hoch ist und erheblich niedriger anzusetzen ist (statt 390 kW für einen Wohnblock höchstens 300).

So wie bisher reagierte Bürgermeister Boginski auf diese Feststellung auch am 26.11., dies sei Sache des Geschäftsführers der WHG. Er sei auch kein Zahlenmensch, er sei Lehrer für Geschichte und Geographie, aber vom städtischen Haushalt verstehe er etwas. Danach überließ er dem WHG-Geschäftsführer das Rednerpult für Informationen über die inzwischen vorliegende »Überprüfung des Fernwärmevertrages der WHG mit EWE«.

Diese Überprüfung sollte nach ursprünglichem Einreicherantrag im Juni vorgelegt werden. Doch schon bei der Beschlußfassung über den Antrag wurde daraus der September. Am 15. Oktober lag die »Überprüfung...« dann der WHG vor, konnte laut Geschäftsführeraussage vom 18. November jedoch »durch erhebliche krankheitsbedingte Ausfälle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht in der gebotenen Zeit...« ausgewertet werden.

Als wolle er die versäumte Zeit wieder einholen, raste der Geschäftsführer bei seinem Vortrag durch die 80 Seiten der »Überprüfung...« und erschlug die Abgeordneten förmlich mit der Fülle der Informationen, denen sie gewiß nicht folgen konnten. Dementsprechend gab danach auch keine Fragen zum Bericht.

Selbst wenn interessierte Abgeordneten noch vor der StVV die Stelle im Bürgerinformationssystem gefunden hätten, wo die »Überprüfung...« heruntergeladen werden konnte, so war objektiv keiner mehr in der Lage, die 80 Seiten zu lesen und zu werten. Zu den Unterlagen der StVV vom 26.11. gehörte sie jedenfalls nicht. Inzwischen kann man sie bei der Dezembersitzung des Energieausschusses finden.

Und wie interessiert sind die Abgeordneten bei dem Thema? Von der Zuschauertribüne gewinnt man einen Eindruck von deren Interessiertheit, wenn man sieht, was sie während der Sitzung so treiben. Genauer läßt sich das Inter-

Fernwärme bei der WHG

Ein heißes Thema in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 26. November war die Information zu Fragen der Wärmelieferverträge. Als Gesellschaftervertreter und Vorsitzender des Aufsichtsrates der WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH sollte Bürgermeister Boginski diese bisher unter der Decke gehaltenen Informationen von der WHG einfordern.

esse daran ablesen, wie die Stadtverordneten abgestimmt hatten, als über den Auftrag an den Bürgermeister zur »Überprüfung...« entschieden wurde. Im Protokoll der StVV-Sitzung vom 25. Juni findet sich die namentliche Abstimmung, wonach nur 14 von 29 Anwesenden mit »Ja« gestimmt haben. Die übrigen enthielten sich der Stimme. Was darf man bei solcher Interessenlage erwarten?

Am 8. Dezember wird sich der Energieausschuß mit dem Thema beschäftigen. Auf der Tagesordnung steht die »Information u. Diskussion« über besagte »Überprüfung...«. Eine Beschlußfassung ist nicht vorgesehen. Sicher aber wird man versuchen, die Äußerungen der Ausschußmitglieder zu einem Meinungsbild zusammenzufassen, auf das man sich später beziehen kann und wird.

Was hat die »Überprüfung« des Ingenieurbüros Dieme ergeben? Warum wurde eigentlich das Büro Dieme beauftragt, wo das Thema doch schon von BLS Energieplan beackert worden war? Geschäftsführer Adam hatte gewiß Gründe, sich einen anderen Prüfer zu bestellen, der als Mitgesellschafter einer WHG-Tochtergesellschaft dem Unternehmen verbunden ist. Eigentlich hätte es die WHG auch selbst machen können, so Adam. Nur sei dafür deren technische Abteilung zu klein. Auch sei es besser, so Adam weiter, eine externe Firma zu bestellen, die den Prüfungsgegenstand mit dem entsprechenden Abstand beurteilt.

Trotz des nahen Abstands kam das Ingenieurbüro nicht umhin, zu »empfehlen«, daß die »Anpassung der Anschlußwerte entsprechend den nachgerechneten Heizlastwerten aus dem Jahre 2012« erfolgen sollte. Die beigefügten Tabellen geben der Aussage von BLS Energieplan recht, daß die von der WHG bei EWE bestellte Fernwärme-Anschlußleistung zu hoch angesetzt worden ist – zum Nachteil der Mieter der fernbeheizten WHG-Wohnungen. Man darf gespannt sein, wie diese Anpassung aussehen wird und wann sie tatsächlich erfolgt.

Wenn im weiteren von »Anpassung der Formeln« zur Preisberechnung die Rede ist, so bleibt zu befürchten, daß die Formeln so geändert werden, daß letztlich keine Verminderung des Fernwärmepreises für die Mieter herauskommt.

Das Büro stellt desweiteren fest, daß »eine Umstellung der fernwärmeverorgten Gebäude auf dezentrale Einzelkesselanlagen nicht empfohlen« werden kann. Die Umstellung würde die WHG 15 Millionen Euro kosten, weshalb »andere Sanierungsmaßnahmen der WHG zurückgestellt werden« müßten. Geschäftsführer Adam fürchtet damit auch den Verlust eines guten Geschäftspartners (gut für wen?) und Konsequenzen bei den finanzierenden Banken.

Daß die verbleibenden Kunden der Fernwärmeanlagen höhere Anschlußkosten bezahlen müßten, wenn die WHG-Wohnungen nicht mehr fernbeheizt werden, ist ein Märchen, das nicht in die Marktwirtschaft paßt. Der Verlust der WHG als Kunden wäre allerdings ein Marktverlust für den Fernwärmeerzeuger, der um seinen Markt kämpfen und die Abnahmebedingungen kundenfreundlicher gestalten müßte.

Die vorlegte »Überprüfung...« unterstellt für den Fall einer Abkehr von der Fernwärmeverversorgung, daß alles gleichzeitig und vollständig erfolgt. Realistischer ist jedoch die Umrüstung einzelner Wohnblöcke nach und nach. So können Erfahrungen gesammelt werden, während zugleich das Wärmemonopol von EWE durch Wettbewerb ersetzt würde.

Betrachtet man die Entwicklung der Fernwärmepreise von EWE, die vor Einführung des Grundpreises berechnet wurden, mit den aktuellen Fernwärmepreisen, so stellt man fest, daß EWE für die Fernwärmeverorgung in Eberswalde über die Preisgleitklausel 600.000 Euro fixe Kosten berechnet hatte, nun aber über den Grundpreis 1,5 Millionen Euro für seine fixen Kosten fordert.

ALBRECHT TRILLER

Konrad Wolf Ausstellung

Die Linke Bernau ehrt gemeinsam mit dem Kulturbund Niederbarnim e.V. und der Stadt Bernau aus Anlaß seines 90. Geburtstages den Antifaschisten, Filmkünstler und Ehrenbürger der Stadt Bernau b. Berlin, KONRAD WOLF, mit einer Ausstellung zu seinem Lebensweg.

Die Ausstellung kann im Bürgerbüro der LINKEN, Berliner Straße 17, Bernau b. Berlin, zu den Öffnungszeiten Die. u. Do. von 9-17 Uhr noch bis 17. Dezember 2015 besichtigt werden.

MARGOT ZIEMANN

Barnimer Kulturpreis 2015

Der Kreisverband und die Kreistagsfraktion Barnim von Bündnis 90/Die Grünen loben den Barnimer Kulturpreis 2015 aus. Der Preis ist wiederum mit 750 Euro dotiert. Bestritten wird die Summe aus Mitteln des Kreisverbandes und aus Spenden, u.a. von dem bündnisgrünen Landtagsabgeordneten AXEL VOGEL.

Bewerben können sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum zur Bereicherung des kulturellen Angebotes im Landkreis Barnim beitragen. Die eingereichten Vor-

schläge sollten eine anschauliche Darstellung des kulturellen Wirkens sowie den Zeitraum der Aktivitäten enthalten.

Die Unterlagen sind bis zum 12. Dezember in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde einzureichen. Zulässig sind Eigenbewerbungen und qualifizierte Auszeichnungsvorschläge. Die Bewertung erfolgt durch eine Jury aus bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten und Vertretern aus dem Kulturbereich.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Zensur Dokumentiert:

Eberswalde (bbp). Der Beitrag der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (ALE/BfE/AFW) für die Novemberausgabe des Eberswalder Amtsblattes durfte nicht erscheinen. Der Leiter des Bürgermeisterbereiches Robby Segebarth hatte die Veröffentlichung abgelehnt, weil zwei Sätze nicht den Anforderungen der Brandenburgischen Bekanntmachungsverordnung entsprechen würden (siehe »Zensur in der Stadtverwaltung«, BBP 11/2015).

Inzwischen hat die betroffene Fraktion eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Beamten beim Bürgermeister eingereicht. Segebarth habe, meint die Fraktion, »entgegen den geltenden Regelungen der Hauptsatzung und der Bekanntmachungsordnung durch sein willkürliches Handeln die Veröffentlichung des Fraktionsbeitrages im Amtsblatt 15/2015 verhindert«. Zudem seien nicht nur die beanstandeten Sätze, sondern der gesamte Fraktionsbeitrag nicht abgedruckt worden.

»Statt seinen rechtlichen Ermessensspielraum zugunsten der Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung zu nutzen«, schreibt die Fraktion, »übt sich Herr Segebarth darin, sogar noch die restriktive Auslegung der unteren Kommunalaufsicht zu überbieten, was im aktuellen Fall dazu führte, daß er gegen die o.g. Gesetze und Vorschriften verstößt hat«.

Dabei handelt es sich nicht um den ersten Versuch, die Beiträge der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde im Amtsblatt inhaltlich zu beeinflussen. »Bereits im Amtsblatt 9/2015 vom 16.09.2015 hatte Herr Segebarth

wegen einer von ihm kritisierten Passage damit gedroht, daß unser Fraktionsbeitrag nicht veröffentlicht wird.« Auch damals hatte er sich nicht auf die vorgeschlagenen Änderungen eingelassen und eine Veröffentlichung erst zugelassen, nachdem die Fraktion vorgeschlagen hatten, daß anstelle der beanstandeten Textstelle die Zeichenkette »...« gesetzt wird (siehe »Provinzposse' darf man nicht sagen«, BBP 9/2015). Bereits damals hatte die Fraktion dem Leiter des Bürgermeisterbereiches darauf hingewiesen, daß sein Tun eine »Rechtsverletzung im Sinne der Zensur« darstellt. »Dies hatte bei ihm leider nicht den erhofften Lerneffekt zur Folge.«

Die Anfrage AF/0028/2015 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen »Fraktionsbeiträge im Amtsblatt« verweist auf einen weiteren Fall der versuchten Einflußnahme auf die Inhalte von Fraktionsbeiträgen im Amtsblatt.

Mit ihrer Dienstaufsichtsbeschwerde verbindet die Fraktion »die Hoffnung«, daß der Bürgermeister »hinsichtlich der Behandlung der Fraktionsbeiträge für das Amtsblatt der Stadt Eberswalde die Gesetzlichkeit wieder herstellen« werde.

Amtsblatt-Beitrag Dezember

Uns erreichten zahlreiche Nachfragen, weil im November-Amtsblatt kein Beitrag unserer Fraktion erschienen ist. Die Fraktion hatte ihren Beitrag rechtzeitig eingereicht. Eine Veröffentlichung wurde von der zuständigen Stelle jedoch abgelehnt. Als Begründung wurde angegeben, daß zwei Aussagen nicht durch die Bekanntmachungsverordnung des Landes gedeckt seien. Dem hat die Fraktion widersprochen. Im weiteren hat sich die Fraktion diesbezüglich mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde an den Bürgermeister gewandt.

Eine Veröffentlichung unseres Fraktionsbeitrages vom November erfolgte nachträglich in der Dezemberausgabe der »Barnimer Bürgerpost«.

[es folgen Absatz 1 und 3 des Novemberbeitrages]

Wir wünschen ein besinnliches Fest und alles Gute für das neue Jahr.

CARSTEN ZINN, Fraktionsvorsitzender

Amtsblatt-Beitrag November

An fast allen Einwohnerversammlungen 2015 nahmen Vertreter unserer Fraktion teil, um aus erster Hand zu erfahren, wo »der Schuh drückt«. Außer in Finow blieben in den Versammlungen der innerstädtischen Ortsteile viele Stühle leer. Das Fehlen der Ortsvorsteher erweist sich als Nachteil. Es gibt vor Ort keine Ansprechpartner mehr, welche die aktuellen Probleme aufgreifen und zur inhaltlichen Vorbereitung der Einwohnerversammlungen beitragen können.

Zur Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung hatte unsere Fraktion den StVV-Vorsitzenden kurzfristig gebeten, das Thema Unterbringung von Flüchtlingen in Eberswalde auf die Tagesordnung zu nehmen. Den 7 Ja-Stimmen standen 7 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen gegenüber. Die Mehrheit der anwesenden Stadtverordneten einschließlich des Bürgermeisters sah hier keine Eilbedürftigkeit. Alternativ wollten wir unsere Fragen im Tagesordnungspunkt Anfragen behandelt haben. Darauf wurde jedoch nicht eingegangen. Die Fraktion hat diesen Umgang mit ihren Fragen durch den StVV-Vorsitzenden und die Verwaltung kritisiert. Denn trotz erneuter Nachfragen blieben Antworten auch zur Oktobersitzung aus.

Viele Eberswalderinnen und Eberswalder wollen den Flüchtlingen aktiv helfen. Zugleich gibt es bei vielen Ängste und Bedenken, denen am besten mit rechtzeitiger und umfassender Information begegnet werden kann. Wir sind optimistisch, daß die Verwaltungen aller Ebenen die zuweilen chaotisch anmutenden Zustände überwinden und die Forderung der Kanzlerin »Wir schaffen das« erfüllen werden. Wir als Fraktion werden die Stadtverwaltung dabei nach Kräften und wenn nötig auch mit Kritik weiterhin unterstützen.

CARSTEN ZINN, Fraktionsvorsitzender

Ideenwettbewerb in Lichterfelde

zur optischen Neugestaltung des Trafohäuschens

Derzeit bietet sie keinen schönen Anblick. Die Trafostation der e.dis AG in der Steinfurter Straße in Lichterfelde (Gemeinde Schorfheide) in Nähe des Restaurants Omas Speisekammer weist viele Graffiti-Schmierereien auf. Insbesondere die Darstellung des auf einen gerichteten Revolvers wirkt nicht gerade sehr einladend.

Da ist mir der Einfall gekommen, ob man die Fassade des Häuschens, wie vielerorts bereits praktiziert, durch eine kunstvolle Airbrush-Malerei aufpeppen kann. Um der Idee politische Schwungmasse zu verleihen, bin ich im September dann an den Ortsbeirat Lichterfelde herangetreten.

Der Ortsbeirat mit seinem engagierten Vorsitzenden MATTHIAS GABRIEL zeigte sich begeistert und warb bei der Schorfheider Gemeindeverwaltung dafür. Im Ergebnis dazu wurde in der Oktober-Ausgabe des Schorfheide-Kuriers ein Ideenwettbewerb zur künstlerischen Neugestaltung der Trafo-Station ausgerufen. So soll das Bauwerk mit ortstypischen und cha-



FOTO: ANDREAS STEINER

rakteristischen Motiven bemalt werden, um einen weiteren schönen Punkt im Ortskern zu schaffen. Der kreativste Vorschlag wird dann vom Ortsbeirat Lichterfelde ausgewählt.

Bis zum 31.01.2016 (Einsendeschluß) können die Vorschläge an folgende Adressen gerichtet werden:

per E-Mail: ortsbeirat@lichterfelde.org

per Post: Ortsbeirat Lichterfelde, Eberswalder Str. 1, 16244 Schorfheide

Dr. ANDREAS STEINER, Gemeindevertreter
Freie Wähler Schorfheide/BKK

Die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE (ALE/BfE/AFW) nutzte die Chance, ihre ursprüngliche Forderung aus dem Jahr 2013 (damals noch als Fraktion DIE LINKE/ALLIANZ FREIER WÄHLER), für jede der drei Schulen eine Vollzeitstelle einzurichten, wieder vorzubringen. Im Jahr 2014 hatten die Stadtverordneten nach halbjähriger Diskussion 80 Wochenstunden Sozialarbeit für die drei Schulen bewilligt, die im Juni 2015 auf 79 Stunden verkürzt wurden. Davon kommen 39 Stunden in der GRUNDSCHULE SCHWÄRZESEE zum Einsatz, während sich die BRUNO-H.-BÜR- GEL-SCHULE und die GRUNDSCHULE FINOW mit jeweils 20 Wochenstunden begnügen müssen.

Inzwischen besteht »ein breiter Konsens«, heißt es in der aktuellen Vorlage, »daß Sozialarbeit am Standort Schule grundlegend auf einer langfristig angelegten Angebotsstruktur basieren muß und insbesondere die Ziele nur dann erreicht werden können, wenn die Angebote verlässlich und kontinuierlich umgesetzt werden«. Die Sozialarbeit an den drei städtischen Grundschulen werde »zu einem unverzichtbaren Bestandteil qualitätsvoller Schulstandorte und in der Stadt Eberswalde zu einem wichtigen Standortfaktor in der Bildungslandschaft«.

Auch wenn die Stadt Eberswalde seit 2014 mit der Finanzierung der Schulsozialarbeit vorangegangen, bleibt die Finanzierung ein Streitfaktor.

Landkreis sieht Land in Pflicht

Der Landkreis Barnim sieht die Verantwortung für Schulsozialarbeit beim Land Brandenburg. Dabei beruft er sich auf das Grundgesetz, der im Artikel 30 die Aufgaben und Kompetenzen für die Kultur- und Bildungspolitik in die Hand der Länder legt. Die Umsetzung von Schulsozialarbeit hat das Land im Brandenburgischen Schulgesetz (BbgSchulG §§ 3, 4, 9, 109 und 115) geregelt. »Der Landkreis Barnim ist somit nicht in der Pflicht, diese Leistungen zu erbringen«, schrieb Jugendamtsleiterin YVONNE DANKERT am 16. Oktober als Antwort auf eine Anfrage des Eberswalder Sozialdezernenten BELLAY GATZLAFF. Er erfülle »Sozialarbeit an Schulen oder Sozialarbeit am Standort Schule entsprechend des Achten Sozialgesetzbuchs (SGB

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nutzt regelmäßig die Möglichkeit, über ihre Arbeit im Amtsblatt der Stadt Eberswalde zu berichten. Selbstverständlich ist für uns, daß die Artikel sachlich formuliert sind. Am 22.10. lag der Stadtverordnetenversammlung der Beschlußantrag BV/0212/ 2015 »Eberswalde handelt« vor, welcher inhaltlich nicht besprochen werden konnte, weil sofort nach der Eröffnung der Diskussion der Antrag auf Verweis in den Kultur- und den Finanzausschuß gestellt wurde. Auf diesen Sachverhalt bezogen wir uns in unserem jüngsten Amtsblattbeitrag wie folgt:

»Für uns völlig unverständlich, beantragte die Fraktion Die Linke die Verweisung in den Kultur- und den Finanzausschuß, ohne überhaupt eine Diskussion in der Sache abzuwarten.«

Standortfaktor Schulsozialarbeit

Stadtverordnete entscheiden über Verlängerung bis 2021 und 3 Vollzeitstellen

Am 17. Dezember beraten die Eberswalder Stadtverordneten unter anderem über die Verlängerung der Sozialarbeit an den städtischen Grundschulen bis zum Ende des Schuljahres 2018/19 mit vertraglicher Verlängerungsoption um weitere zwei Jahre.

VIII) §§ 1, 13(1), und 81 freiwillig und nach Maßgabe der Jugendhilfeplanung des Landkreises Barnim«. Diese Rechtsauffassung werde auch durch viele andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte vertreten.

Entsprechend des Koalitionsvertrages zwischen SPD und DIE LINKE stellt das Land ab Juli 2015 Personalkostenzuschüsse für Schulsozialarbeit bereit. Trotz widersprechender Rechtsauffassung hat der Landkreis Barnim die Möglichkeit genutzt. Demnach werden 2015 von Juli bis Dezember drei Stellen mit jeweils 4.875 € bezuschußt und im Jahr 2016 sieben Stellen mit jeweils 9.750 €. Diese Mittel sollen an jene Städte und Gemeinden weitergegeben werden, die sich freiwillig entschlossen haben, Aufgaben der Schulsozialarbeit bzw. Sozialarbeit an Schule umzusetzen. Dies betrifft Eberswalde und Bernau, die für 2015 jeweils die Zuschüsse für 1,5 Stellen (7.312,50 €) rückwirkend zum 1. Juli erhalten sollen. »In diesem Zusammenhang«, so die Jugendamtsleiterin, werde auch »über eine Antragstellung der Stadt Eberswalde für das Jahr 2016 beraten«.

Drei Vollzeitstellen gefordert

Das Alternative Wählerbündnis Eberswalde hat nun vorgeschlagen, »ab dem Schuljahr 2016/2017 die Stellen mit 20 Wochenstunden an der Grundschule Finow und mit 20 Wochenstunden an der Bruno-H.-Bürgel-Schule jeweils auf Vollzeitstellen« zu erweitern.

Die bisher gemachten Erfahrungen mit der Sozialarbeit an den städtischen Grundschulen hätten deutlich gemacht, »daß an allen drei Schulen der dringende Bedarf für jeweils eine Vollzeitstelle besteht. Dieser Bedarf wird sich infolge der Verpflichtung, die Kinder von Flüchtlingen, die in der Stadt Eberswalde eine Heimstatt gefunden haben und noch finden werden, an den städtischen Grundschulen zu unterrichten, weiter erhöhen.«

Positive Reaktionen darauf gibt es inzwischen u.a. von der Schulleiterin der Bürgel-Grundschule PETRA EILITZ. »Die Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und Sorgeberechtigten benötigen täglich einen Ansprechpartner«, betont sie. Die Aufgaben und Probleme seien so vielschichtig, daß ein Vertrösten auf »nächsten Freitag« oder »erst wieder in einer Woche« nicht effektiv sei, »denn dann ziehen sich Menschen, welche sich öffnen wollen, zurück. Insbesondere Streitschlichterprogramme etc. sollten mehrfach und auch jahrgangsstufenweise angeboten werden. Der Bedarf an präventiven Arbeitsgemeinschaften«, so Petra Eilitz, »ist hoch und im Lehrkräftestundenpool gibt es dafür nicht eine Stunde«. Hinzu komme der steigende Gesprächs- und Beratungsbedarf der Flüchtlingseltern.

Zur Finanzierung der zusätzlichen Stunden soll auf Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer zurückgegriffen werden. Künftig könne zudem damit gerechnet werden, daß das Land seiner Finanzierungsverpflichtung in höherem Maße nachkommen werde als bisher.

Der Änderungsantrag wurde am 2. Dezember im Ausschuß für Bildung, Jugend und Soziales mit knapper Mehrheit zur Beschlußfassung empfohlen. Neben CARSTEN ZINN von der Einreicherfraktion stimmte CORNELIA-CAROLINE RÄTZ (DIE LINKE) für die Änderung. Eine Gegenstimme kam von GÖTZ HERRMANN (Bürgerfraktion Eberswalde). Vier Ausschußmitglieder enthielten sich der Stimme: Dr. ILONA PISCHEL (DIE LINKE), Dr. ULRIKE HOFFMANN und LUTZ LANDMANN (beide DIE SPD), WINFRIED BOHN (CDU). Der zweite CDU-Vertreter und die Ausschußmitglieder der Bündnisgrünen und der FDP fehlten.

Eine weitere Beratung gibt es am 10. Dezember im Hauptausschuß, bevor am 17. Dezember die Stadtverordnetenversammlung ihr abschließendes Votum abgeben wird.

Anfrage der Bündnisgrünen:

Fraktionsbeiträge im Amtsblatt

Von der Pressestelle wurde daraufhin folgender Änderungswunsch an uns gerichtet:

»Für uns völlig unverständlich, wurde die Beschlußvorlage gleich zu Beginn der Diskussion in den Kultur- und den Finanzausschuß verwiesen.«

Dieser Änderungswunsch ist für uns nicht nachvollziehbar, da unsere Darstellung nur den Sachverhalt wieder gibt, wie er auch im Protokoll der Sitzung vermerkt wird und somit das Gebot der Sachlichkeit voll erfüllt. Wir bitten daher um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Kriterien liegen den Forderungen nach Änderungen in Amtsblattartikeln zugrunde?

2. Entscheidet der Leiter des Bürgermeisterbeirates allein über die Genehmigung oder Nichtgenehmigung von Beiträgen?

3. Wie häufig werden Änderungen in Fraktionsbeiträgen gefordert?

4. Warum werden die Fraktionen auf diese Weise gegängelt und in ihrer Meinungsäußerung beschnitten?

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende

Die Antwort ist Bestandteil der Niederschrift der 14. Hauptausschußsitzung am 19.11. (<https://www.eberswalde.de/sessionnet/bi/infobi.php>).

Vor sieben Jahren geschehen... *Ein erster Schritt*

Am 1. Juni 2008 stellte Eberhard Paul aus Petershagen beim Landeskriminalamt in Eberswalde eine »Strafanzeige wegen Rechtsbeugung, Verstoß gegen Menschenrechte und Verstoß gegen Völkerrecht« gegen einen Richter des Amtsgerichts Strausberg, eine Strausberger Gerichtsvollzieherin und gegen den Verbandsvorsteher des Wasserverbandes Strausberg-Erkner.

Eberhard Paul schrieb, er »erstatte Strafanzeige wegen des Haftbefehls 8 M 652/08 des Amtsgerichts Strausberg (Anlage) mit Schreiben der Gerichtsvollzieherin vom 27.05.2008 zur Vollstreckungssache.

Der Haftbefehl enthält eine Unterschrift ohne Vornamen, die nicht lesbar ist. WER ist die Person, die den Haftbefehl unleserlich unterschrieben hat?

Das Gerichtsurteil 24 C 273/07 wurde als Ausfertigung ohne Unterschrift der Richterin zugestellt. Der ZPO § 315 wurde zuwider gehandelt. Der § 217 ZPO legt die Ausfertigung fest, die erst nach Verkündung und Unterschrift erfolgen darf. Eine Unterschrift wurde nicht geleistet und verkündet wurde das Urteil ebenfalls nicht. Somit handelt es sich maximal um einen rechtsunwirksamen Entwurf eines beabsichtigten Urteils.

Zitat aus dem Haftbefehl: 'Auf Grund des Haftbefehls kann d. Gläubiger d. Schuldner(in) durch eine Gerichtsvollzieherin oder einen Gerichtsvollzieher verhaften lassen' (Gläubiger ist der Verbandsvorsteher des Wasserverbandes Strausberg-Erkner, Henner Haferkorn)

Nach Protokoll Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, analog Art. 6 II EMRK, durch das gewisse Rechte und Freiheiten gewährleistet werden, die nicht bereits in der Konvention oder im ersten Zusatzprotokoll in der Fassung des Protokolls Nr. 11 Strasburg, 16.09.1963 enthalten sind, ist die Freiheitsentziehung wegen zivilrechtlicher Schulden - und somit die Einleitung einer Beugehaft für die Abgabe einer zivilrechtlichen eidesstattlichen Versicherung - eine Menschenrechtsverletzung.«

Im weiteren Text der Anzeige wird das rechtswidrige Verhalten der angezeigten Personen weiter erläutert und damit die Anzeige begründet.



Eberhard Paul (1951-2009).

Foto: ROLAND K.

Worum ging es konkret? Es ging um Geld, um die Grundgebühr für einen Trinkwasseranschluß, den Eberhard Paul gar nicht hatte. Er hatte ihn vor Jahren in Übereinstimmung mit der Satzung des Zweckverbandes gekündigt und demontiert. Damit war die Forderung rechtswidrig.

Wie ging es nun weiter?

Die Anzeige wurde nicht bearbeitet, trotz mehrerer Mahnungen. Am 1. Dezember 2009 kam die Gerichtsvollzieherin mit zwei Polizisten, um den Betrag – es ging um ca. 300 Euro – zu vollstrecken oder Herrn Paul in Beugehaft zu nehmen, falls er nicht zahlt. Mit Rücksicht auf den sehr labilen Gesundheitszustand seiner Ehefrau hat er gezahlt und sich sofort an seinen Computer gesetzt, um sein Recht einzuklagen. An diesem Platz erlitt er unmittelbar nach Abzug der Vollstrecker einen Herzinfarkt, der ihn sein Leben kostete. Es dauerte nur 58 Jahre.

Sein Tod hat – so die Meinung der Vollzugsbeamtin und der Polizei und des Zweckverbandsvorstehers – nichts zu tun mit dem (gesetzwidrigen) Vollstreckungsakt.

Am 1. Dezember 2015 jährte sich der Todestag von Eberhard Paul zum sechsten Mal. In unseren Herzen ist er nicht gestorben. Wir ziehen in Ehrfurcht den Hut vor einem mutigen Mann. Wir werden ihn nicht vergessen.

JOHANNES MADEJA

Jahresrückblick der Rotfuchse

Eberswalde (bbp). Die regionale Rotfuchsgruppe traf sich am 7. Dezember im BBZ »Amadeu Antonio« in gemütlicher Runde zum »Jahresrückblick 2015«. Neben der Erinnerung an die Anlässe und Aktionen warben die Mitglieder des Rotfuchs-Fördervereins dafür, »auch im nächsten Jahr die eine oder andere Sache wieder gemeinsam anzupacken«.

Die Regionalgruppe beteiligt sich aktiv an Veranstaltungen zum 1. Mai und zum Weltfriedenstag. Darüber hinaus organisiert die Gruppe regelmäßig Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen, zu denen oft Autoren der Zeitschrift als Referenten eingeladen werden. »Die gemeinsame Sache«, sagt der Regionalgrup-

penvorsitzende Eckhard Laurich, »sollte uns auch weiterhin verbinden, wenn wir uns bemühen Unwissende, Unschlüssige, Wissbegierige und auch Desinteressierte darauf hinzuweisen, daß auch die Medaille der Meinungsbildung zwei Seiten hat. Nur gemeinsam werden wir stärker im Kampf gegen die Gleichgültigkeit und Unwissenheit großer Teile der Bevölkerung, im Kampf gegen die geistigen Mitschwimmer in diesem alten, kranken System.«

Die Eberswalder Rotfuchsgruppe trifft sich regelmäßig jeden ersten Montag im Monat, von 16 bis 18 Uhr, im Raum 2.25 des Eberswalder Bürgerbildungszentrums »Amadeu Antonio« in der Puschkinstraße 13.

Der Choriner Schnecken- und Krebsgang

Im September 2015 hat die Liegenschaftsverwaltung in Absprache mit dem Bürgermeister von Chorin und dem Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses eine volle Breitseite gegen die Arbeit von zwei gemeinnützigen Vereinen und ein Shiatsu-Studio abgefeuert (bbp 11/2015). Dem Keramikhütte e.V., Träger des Barnimer Kulturpreises 2014, und dem Shiatsu-Studio wurde am 30.9. fristgerecht gekündigt, dem Kultur- und Bildungverein Alte Schule Senftenhütte e.V., der sich der Revitalisierung des Schulhauses verschrieben hat, wurde die Nutzung des Hauses untersagt.

Die beiden betroffenen Vereine mobilisierten den politischen Widerstand gegen diese destruktiven Maßnahmen und die Amtsverwaltung lenkte ein.

Der Fachdienstleiter Liegenschaften im Amt Britz-Chorin-Oderberg brachte in der jüngsten Sitzung der GVV-Chorin am 26.11. einen »Antrag auf Baugenehmigung zur Umnutzung des kommunalen Grundstücks Ärmel 14 im OT Senftenhütte« ein. Die Kosten für die Umsetzung der erforderlichen baulichen Maßnahmen werden vom Planungsbüro IBE ermittelt und waren im Zeitpunkt der Erstellung dieser Beschlusvorlage noch nicht bekannt.

Mit der Entscheidung der Gemeinde für die Antragstellung und damit der Einleitung eines geordneten baurechtlichen Verfahrens wird durch die Amtsverwaltung die Rücknahme der ausgesprochenen Kündigungen erfolgen und dem Kultur- und Bildungverein die Durchführung der geplanten Veranstaltungen, wenn auch mit Einschränkungen, gestattet. Das Ziel der Verpachtung des Hauses »Ärmel 14« an den Keramikverein und den Kultur- und Bildungverein kann somit umgesetzt werden.

Dem Antrag wurde von der Mehrheit der Gemeindevertretung Chorin, nicht aber durch den Bürgermeister und dem Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses zugestimmt.

Damit sind die nächsten Schritte benannt, die die Verwaltung gehen muß, um den Vereinen eine Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu ermöglichen. Wenn man sich daran erinnert, daß von den Vereinen als Zuarbeit für die Gemeindevertretung und die Amtsverwaltung bereits im September 2013 eine Nutzungs- und Finanzierungskonzeption erstellt wurde, daß schon damals Wege aufgezeigt worden sind, wie Fördermittel zur Sanierung des alten Schulhauses akquiriert werden können, daß das Bürgergemeinschaftshaus Senftenhütte als Projektidee bei der LAG bereits 2014 eingebucht worden war und sich dann den weiteren Verlauf des Konflikts ansieht, dann bewahrheitet sich die alte Erkenntnis: Der Fortschritt ist eine Schnecke und ein Krebs zugleich.

Wollen wir hoffen, daß der Choriner Schnecken- und Krebsgang am Ende doch noch sein Ziel erreicht.

HARTMUT LINDNER

Gemeinsame Zukunft

Auf ihrem Treffen am 13. November blickten die Mitglieder des *Runden Tisches* – »Willkommen in Eberswalde« auf die gemeinsamen Aktivitäten im Jahr 2015 zurück und berieten über die Pläne der Willkommensinitiative für das neue Jahr.

Bevor es allerdings in die Diskussion ging, durfte sich der Runde Tisch über eine Spende des Vereins »Lokale Agenda 21 e.V.« freuen, der seine Erlöse aus dem Erntedankmarkt wie bereits im Vorjahr an die Initiative spendete, um ihr Engagement für Flüchtlinge in der Stadt Eberswalde zu würdigen und zu unterstützen. Wofür die Mittel in Höhe von insgesamt 1000 Euro konkret verwendet werden sollen, steht bisher jedoch noch nicht fest.

Im Jahr 2015 hat die Initiative ziemlich an Fahrt aufgenommen. Immer mehr Helfer kamen hinzu. Sie machten die Willkommensinitiative zu einer festen Größe in der Stadt. Viele Ideen wie das Kiezfest im Brandenburgischen Viertel und die Willkommenstafel konnten erfolgreich umgesetzt werden und auch die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit wurde weiter verbessert. Dafür stehen die Beteiligung beim FinE und dem Neubürgerempfang, ein Internet-Blog sowie Flyer. Auch in den Notunterkünften wird angepackt. Kurzum: Der Runde Tisch ist in der Stadt aktiv geworden und gestaltet Integration von Asylsuchenden maßgeblich mit.

Im kommenden Jahr sollen die bewährten Veranstaltungsformate fortgesetzt werden. Insbesondere sollen die Flüchtlinge selbst in die Arbeit des Runden Tisches einbezogen werden. Darüber hinaus wollen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Initiative vermehrt um Sprachpatenschaften bemühen, um die Asylsuchenden auf den späteren Deutschkurs vorzubereiten, der ihnen eine bessere Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Wenn auch Sie uns bei den kommenden Herausforderungen und Projekten unterstützen wollen, freuen wir uns jederzeit über frische Ideen und tatkräftige Unterstützung.

STEFAN SCHMIEDEL

Flüchtlingsfonds

Eberswalde (bbu). Aktueller denn je ist die unkomplizierte Hilfe, die der Flüchtlingsfonds Barnim leisten kann. Und auch für viele Spendenwillige ist der Flüchtlingsfonds eine gute Adresse. Insgesamt hat die Bürgerstiftung Barnim Uckermark in diesem Jahr bereits Spenden in Höhe von 5.780 Euro erhalten. Davon waren 3.280 Euro zweckgebunden für die Arbeit des Ehrenamts-Koordinators für Flüchtlingshilfe, 440 Euro wurden als kurzfristige Darlehen an Bedürftige ausgegeben und 530 Euro als Direkthilfen.

Im Dezember startet eine neue Spendenkampagne, um auch weiterhin kurzfristig und unkompliziert helfen zu können. Die Bürgerstiftung freut sich über weitere Spenden.

»Eberswalde, das gelobte Land...«

Eberswalde (bbp). Es war das Wochenende nach den verheerenden Anschlägen in Beirut und in Paris. Marwan Hassan und Erik Pfaff vom Runden Tisch »Willkommen in Eberswalde« hatten die Einladung der Theatergruppe an die Bewohner der Notunterkunft in der Eisenbahnstraße 100 weitergeleitet, gemeinsam die Oper »Hänsel und Gretel« im Haus Schwärzetal zu besuchen. Obwohl die vorher ins Haus gegebenen Flyer nur zum Teil ausgehängt wurden, kamen etwa 50 Leute zusammen, Kinder und Erwachsene, Frauen und Männer. MARWAN HASSAN (vgl. »Ein Spaziergang und das Erntedank-Fest« in BBP 10/2015) berichtet:



Foto: Erik Pfaff

Vor dem Besuch der Oper sprachen wir über die Terroranschläge in Frankreich und Libanon und ob wir ein Zeichen setzen sollten. Sie entschieden sich dafür, die Sticker mit der französischen Flagge aufzukleben – als Botschaft an die Einheimischen, die die libanesische Flagge nicht erkennen würden. Zudem gehe es darum, im europäischen Kontext sich den Mitmenschen anzunähern. Es war eine freiwillige Aktion. Niemand wurde zu etwas gezwungen. Doch die Sticker wurden mir förmlich aus der Hand gerissen. Wir sind nicht vor denen (ISIS) geflohen, um sie hier zu finden, sagte einer von ihnen und nahm einen ganzen Stapel, um sie zu verteilen. Danke meine syrischen Freunde, ihr macht mich stolz.

Im Theater staunten die 40 bis 60 Einheimischen nicht wenig. Für die Sänger und Musiker muß es auch schön sein, waren doch nun 10 statt nur 5 Reihen im Theater belegt. Zwei Drittel Kinder; der eine oder andere wird begeistert sein und Musik lernen wollen.

Im Konzert selber waren die Kinder sehr aufgeregt. Sie haben mitgelacht und begeistert gestaunt. Der Dirigent, der die 8 Musiker leitete, stellte Geigen, Bratsche, Cello, Kontrabaß, Flöte, Horn und Klavier vor und erklärte sie den Kindern. Ich hab dann übersetzt. Jeder Musiker spielte ein paar Takte, damit man die Instrumente beim Konzert identifizieren kann. Und da spielte die Cellistin »Aman ya Lalali Aman« ein arabischer Klassiker. Die Syrer sind förmlich abgefahren und klatschten. Ich mußte es daher den Einheimischen erklären.

In der Pause gab es viele begeisterte Gespräche. Die Einheimischen fanden alles so toll und wollten auch gleich anpacken und fragen, wie auch sie helfen können.

Ich sage es immer wieder. Eberswalde ist ein gelobtes Land. Einst sagte ein Pessimist, ich höre mich an, als wäre ich der leibliche Sohn von Merkel. Wenn dies bedeutet, daß ich Hoffnung habe und unsere Gäste und Einheimische mit uns Hoffnung bekommen, dann ehrt es mich, was dieser Pessimist gesagt hat. Denn ich meine und weiß, wenn wir uns alle bemühen, dann schaffen wir es.

Unsere Flüchtlinge, Gäste bei uns, wissen, daß sie ankommen werden, wenn sie sich etwas anpassen. Auch diesmal gab ich ihnen auf den Weg: »Unter den Deutschen gibt es böse, Frevler und gemeine Menschen, doch es gibt mehr gute, aufrichtige und hilfsbereite Menschen als die Summe aller, die euch bei uns in Arabien helfen würden. Deshalb gebt den bösen unter ihnen keine Chance und bemüht euch, ein Vorbild zu sein. Gebt diesen Wenigen nicht die Chance, auf euch zu zeigen und zu sagen: Seht, wir wußten es!«. Die Zustimmung war unbeschreiblich. Ich werde überrumpelt mit Fragen, wo man Deutsch lernen kann und wie man helfen kann. Sie wollen mitmachen. Sie wollen sich unter die Menschen mischen und helfen. Schaut auf Eberswalde, denn hier funktioniert es.

Kontakte:

Weitere Informationen zum *Runden Tisch* – »Willkommen in Eberswalde« finden Sie unter: <http://runder-tisch-eberswalde.blogspot.de/>
Kontakt: 0172/3274398 oder
eMail: willkommen.in.eberswalde@gmail.com
Die Freiwilligenagentur der Bürgerstiftung Barnim Uckermark finden Sie in der Eisenbahnstraße 3 in 16225 Eberswalde, Tel. 03334/2594959, www.freiwillig-in-eberswalde.de.
Kostenlos arabisch lernen mit Marwan Hassan: www.online-arabisch.de.

Für eine menschenwürdige Unterbringung, gegen Abschottung und Abschiebungen!

Die Barnimer Willkommensinitiativen begrüßen ausdrücklich die Aufnahme Schutzsuchender Menschen im Barnim. In den letzten Monaten ist die Zahl der ankommenden Flüchtlinge deutlich gestiegen. Die Anstrengungen für eine menschenwürdige Unterbringung müssen von daher deutlich verstärkt werden. Zur Zeit leben viele Flüchtlinge in sogenannten Übergangwohnheimen, Wohnverbänden und Notunterkünften. Sie wohnen dort in sehr beengten Verhältnissen ohne Privatsphäre. Diese Form der Unterbringung sorgt für Streß, macht krank, verstärkt und führt zu weiteren Traumatisierungen.

Wir fordern daher eine schnellstmögliche dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen. Dabei sollte es selbstverständlich sein, daß den bei uns Schutz suchenden Menschen genauso viel Wohnraum zugestanden wird wie den Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft.

In einigen Städten und Gemeinden im Barnim gibt es einen hohen Wohnungsleerstand. So stehen allein in Eberswalde im Bestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WHG über 700 Wohnungen leer. Diese Wohnungen sollten schnellstmöglich in einen nutzbaren Zustand versetzt und als Wohnraum für Menschen in dieser Stadt – somit auch Geflüchteten – zur Verfügung gestellt werden. Im berlinnahen Raum dagegen fehlt es an leerstehenden Wohnungen. Hier ist der Einstieg in den sozialen Wohnungsbau dringend notwendig.

Vom Landkreis erwarten wir eine aktive Werbung für die Unterbringung geflüchteter Menschen in privaten Wohnungen und Wohngemeinschaften vor allem in Städten und in

Berlinnähe, Transparenz bei den Bedingungen der Vermietung und der Ausstattung von Wohnungen, außerdem eine ausreichende und engmaschige soziale Beratung und Betreuung der Geflüchteten sowie mehr professionelle Unterstützung für die Hilfsbereiten.

Von manchen PolitikerInnen demokratischer Parteien, aber eben auch von Rechtspopulisten und rechten Haßpredigern werden die in Deutschland ankommenden Menschen in gute und böse, in richtige und falsche Flüchtlinge eingeteilt. So wird zum Beispiel Menschen aus den südosteuropäischen Ländern pauschal unterstellt, sie hätten keine akzeptablen Gründe für ihre Flucht. Diese Einteilung machen wir nicht mit. Wir heißen alle Flüchtlinge im Barnim willkommen!

Die Bundesregierung hat angekündigt, verstärkt Flüchtlinge abzuschieben. Wir werden es nicht einfach hinnehmen, daß Menschen, die bei uns Schutz suchen, abgeschoben werden!

Wir wenden uns entschieden gegen alle Maßnahmen die zu einer weiteren Abschottung Deutschlands und Europas gegen Flüchtlinge führen. Grenzkontrollen, Transitzonen, Zäune, die Kriminalisierung von FluchthelferInnen und ähnliches sorgen vor allem dafür, daß die Menschen, die fliehen, auf ihrem Weg immer höhere Risiken eingehen müssen. Es ist die Politik der »Festung Europa« die verantwortlich ist für den Tod von tausenden Flüchtlingen. Stattdessen braucht es sichere Fluchtwege nach Deutschland.

Für ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben für alle!

Erklärung des Vernetzungstreffen der Barnimer Willkommensinitiativen vom 8. November 2015

»Bündnis für Brandenburg« gegründet

Potsdam (prest-land). Als eine »breite Allianz aus der Mitte unseres Landes« hat Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke am 26. November das »Bündnis für Brandenburg« zur Integration von Flüchtlingen ins Leben gerufen. Die Vorstellung des Gründungsaufrufs in Anwesenheit zahlreicher Unterstützer aus Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft fand in den Räumen der F. C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz in Potsdam statt.

Woidke betonte: »Alle miteinander stehen wir für Solidarität und Mitmenschlichkeit, für Freiheit und Sicherheit, für Demokratie und Rechtsstaat, für Miteinander und Toleranz. Alle gemeinsam wollen wir mit Kopf, Herz und Hand dafür sorgen, daß in Brandenburg die Integration der Flüchtlinge gelingt.« Als konkrete Ziele des Bündnisses nannte der Ministerpräsident, die Integrationsbemühungen zu bündeln und Konzepte miteinander zu verbinden. Zudem soll es zu einer zentralen Plattform für gesellschaftliche Kommu-

nikation zur Flüchtlingsintegration werden. Woidke: »Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie wird nur gelingen, wenn sich die Gesellschaft dieser Aufgabe stellt und sie als Chance begreift. Wir wollen und dürfen Sorgen und Ängste nicht ignorieren. Dort, wo das Leben der Brandenburgerinnen und Brandenburger einträchtig wird, dort wo es Probleme gibt, müssen und werden wir an Lösungen arbeiten.«

Woidke kündigte an, daß unter dem Dach des Bündnisses eine Integrationskonferenz etabliert wird, zu der Spitzenverbände, Verwaltungen und Akteure der Integration eingeladen würden. Die erste derartige Veranstaltung findet am 14. Dezember in Potsdam statt.

Jede Brandenburgerin, jeder Brandenburger kann auf der Seite www.buendnis-fuer-brandenburg.de die neue Initiative unterstützen. Ministerpräsident Woidke hat in einer heute veröffentlichten Videobotschaft (www.brandenburg.de) an die Bevölkerung appelliert, sich in das Bündnis einzubringen.

Hilfe für Geflüchtete

Eberswalde (bbu). Die Anmeldezahlen von Freiwilligen bei der von der Bürgerstiftung Barnim Uckermark getragenen Freiwilligenagentur sind angesichts der hohen Zahl an Flüchtlingen in die Höhe geschneilt. Die Beschäftigten der Agentur haben sich vorgenommen, Ehrenamtlichen, die mit Geflüchteten arbeiten, regelmäßige Fortbildungsangebote zu unterbreiten und Austauschmöglichkeiten anzubieten. So werden fortlaufend die aktuelle Situation von Geflüchteten in Eberswalde aber auch Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit Rassismus, Traumatisierung von Menschen mit Fluchterfahrungen, interkulturelle Bildung oder Anforderungen der Sprachförderung behandelt. Bei der Vermittlung und Betreuung von Ehrenamtlichen werden die vorhandenen Netzwerke und die entstandenen Kooperationen am »Runden Tisch Willkommen in Eberswalde« genutzt.

»Was zurückgeben«

Eberswalde (bbu). Die Sprechstunde von Thomas Mboya Ochieng wird zunehmend von Asylsuchenden besucht. Sie kommen nicht nur, um das Unterstützungsangebot zu nutzen, sondern um sich nach einer ehrenamtlichen Betätigungsmöglichkeit zu erkundigen. Ihr leuchtendes Beispiel ist Lijban Abdel Salaad, der über den Freiwilligentag und das anschließende Ehrenamt zu einer Stelle im Bundesfreiwilligendienst in der Zainhammer Mühle gekommen ist. Der junge Mann aus Somalia spricht inzwischen (auch durch sein Ehrenamt) gut Deutsch und möchte versuchen, nach dem Freiwilligendienst eine Lehre zu machen. Die Freiwilligenagentur hat inzwischen Geflüchtete in die Seniorenhilfe, einen Kindergarten und auch an eine Schule vermittelt.

Flüchtlingskinder in Schule

Eberswalde (bbu). Zu Beginn des neuen Schuljahres traten Elternvertreter mit der Bitte um Unterstützung für eine bessere Aufnahme von Flüchtlingskindern in Schulen und durch Mitschüler an die Eberswalder Freiwilligenagentur heran. Es wurde deutlich, daß hier ein neues Betätigungsfeld für Freiwillige entstanden ist. Unterstützt durch die Freudenberg Stiftung konnte am 1. Oktober ein neues Projekt unter dem Titel »Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung in Schulen« starten. Es ist eins von über 10 bundesweiten Pilotprojekten und wird die Vermittlung, Fortbildung und fachliche Betreuung von Ehrenamtlichen beinhalten. Neben Katja Schmidt und Thomas Mboya Ochieng von der Freiwilligenagentur werden sich die Soziologin Andrea Grüneberg und Kai Jahns als Koordinator für Toleranz in das Projekt einbringen. Andrea Grüneberg übernimmt die fachliche Begleitung und entwickelt Fortbildungsangebote. Freiwillige, die Kinder mit Fluchterfahrung unterstützen möchten, sind herzlich willkommen.

Großzügig sein heißt hier: Stehenlassen, auch wenn der Baum vielleicht noch nicht die »Schutzmaße« hat. Je größer und dicker und älter so ein Baum ist, desto schützenswerter und schutzbedürftiger ist er. Das ist wie bei uns Menschen auch. So ein großer alter Baum leistet für uns wichtige Arbeit. Er verdunstet eine Menge Wasser, sorgt damit für ein gutes Mikroklima, schluckt viel Kohlendioxid und produziert entsprechend viel Sauerstoff. Er ist Heimat für tausende nützlicher Lebewesen. Wir sehen davon meistens nur die Singvögel. Und so ein Baum schmückt die Landschaft.

Im Herbst, wenn die Blätter fallen, ernten wir die im Sommer produzierte Biomasse und der Kompost, den wir daraus gewinnen, ist gut für unseren Garten. Als Gegenleistung, Lohn für seine Arbeit, verlangt so ein Baum nicht viel. Ein paar Eimer Wasser bei großer Trockenheit und ein wenig Pflegeschnitt, der ihn von überflüssigem Wildwuchs und trockenen Ästen befreit – das war's schon!

Trotzdem – manchmal stört so ein alter Baum. Wenn er zu alt und krank ist und umzukippen droht, dann wird er zur Gefahr und muß entsorgt werden, damit wir uns seinetwegen keine Sorgen mehr machen müssen. Bei alten Menschen ist das manchmal nicht viel anders, aber wir drücken das anders aus. Wir entsorgen sie vorerst in eine Seniorenresidenz (Rentnercontainer), denn sie leisten ja nichts mehr, brauchen viel Pflege und sind sonst nutzlos – ganz im Gegensatz zu einem alten Baum!

Die Barnimer Baumschutzverordnung gilt natürlich für alle Barnimer ohne Ansehen der Person, denn vor dem Gesetz sind ja alle gleich! Ist das wirklich so?

Sehen wir mal genauer hin: Zunächst gibt es ein paar Vorzeige-Baumschützer. Wir können sie regelmäßig auf großen Bildern in der Zeitung sehen, bewaffnet mit nagelneuen Spaten und Gießkannen, öffentlichkeitswirksam einen Baum pflanzen. Der Landrat, sein »Vize«, Bürgermeister und Amtsdirektoren und Dezernenten, Zoo- und Sparkassendirektor und Geschäftsführer kreisbekannter Firmen und gelegentlich auch ein Professor der Fachhochschule – gewissermaßen die Baumschutzoffiziere.

Wenn es nun darum geht Bäume zu fällen – das ist ja nicht so werbewirksam – dann sind die Offiziere nicht zu sehen. Wir wissen aber, daß jährlich wesentlich mehr Bäume gefällt als nachgepflanzt werden. Da scheint die Baumschutzverordnung nicht so richtig zu funktionieren, aber die Landesregierung macht es ja mit dem nicht erfüllten Alleenschutzprogramm vor (MOZ vom 31.7.2015) Das kann also nicht so falsch sein!

Wie ist das nun bei Fällungen mit den triftigen Gründen und den Ausnahmegenehmigungen? Da gibt es eine Zweiklassengesellschaft. Wenn ein Normalbürger – gewissermaßen Baumschutzsoldat – einen Baum fällen will, dann trifft ihn die Baumschutzverordnung mit aller Härte. Sein Antrag wird gründlich geprüft und bearbeitet, was in erster Linie bedeutet,

Baumschutz auf barnimsch

von Johannes Madeja

Na, das weiß doch jedes Kind: Bäume darf man nur im Winter fällen, also von November bis Februar. Geschützte Bäume darf man gar nicht fällen – es sei denn, daß es dafür triftige Gründe gibt und man deshalb eine Ausnahmegenehmigung hat. Was ein geschützter Baum ist – auch das ist vielen schon bekannt und jeder kann es in der kreislichen Baumschutzverordnung lesen. Das muß man aber nicht. Jeder große alte Baum ist für die Natur, unsere Umwelt, wertvoll und deshalb schützenswert und da sollte man großzügig sein, auch wenn die Baumschutzverordnung das manchmal ziemlich eng, zentimetergenau sieht.



Foto: ANDREAS STEINER

daß genau ausgerechnet wird, wieviel Geld er bezahlen muß, auch für die neuen Bäume, die er zu pflanzen hat. Natürlich muß er für die Fällung triftige Gründe finden und nennen. Und jeder Grund kostet, besonders wenn man den Baum erst im März (Nistzeit) fällen will oder wenn er als besonders wertvoll gilt. Wenn der Antragsteller nicht nachpflanzen will (oder kann), dann kostet das extra! Sinn der Prüfung ist es nämlich nicht, möglichst viele Bäume zu erhalten, sondern für Fällgenehmigungen möglichst viel Geld einzunehmen. Die zu zahlende Summe ist das Ergebnis sog. pflichtgemäßen Ermessens und jeder, der schon Erfahrungen mit der Behörde hat, weiß, was darunter zu verstehen ist. Natürlich wird die Behörde – die Schreibstube der Offiziere, sie nennt sich im Barnim »untere Naturschutzbehörde« – hier heftig protestieren.

Wenn ein »Offizier« einen Baum oder auch viele Bäume fällen will, weil sie ihn stören, aus welchen Gründen auch immer, dann darf er auch gesunde alte Bäume fällen, die eigentlich geschützt sind, sogar im Frühling, Sommer oder Herbst. Die Schreibstube liefert ihm dienstefrig die triftigen Gründe. Dazu gehören z.B., daß der Baum das für ihn vorgegebene Lebensalter

erreicht hat, daß er schon zu viele trockene Äste hat, die ja herunterfallen könnten (Gefahr!), daß er hohl ist, vom Pilz befallen und umzustürzen droht (große Gefahr!) oder daß er mit seinen Wurzeln das Pflaster anhebt, was er wegen der Verkehrssicherungspflicht (ganz große Gefahr!) gar nicht darf.

Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Gründe wirklich zutreffen. Wenn ein Bürger Zweifel anmeldet, dann kann man solche Zweifel natürlich ignorieren, das ist der Normalfall.

Wenn einer aber richtig lästig wird und sich gar schriftlich beschwert, dann wird er mit dem Gutachten eines gekauften Baumsachverständigen ruhiggestellt, denn der Sachverständige, der ja vom Schreibbüro (also unseren Steuern) bezahlt wird, gutachtet natürlich so wie er soll. Das Ergebnis ist so klar wie selbstverständlich.

Auch gesunde alte Bäume fallen so der Kettenäge zum Opfer, sogar in der besten Brutzeit und es kostet die Antragsteller keinen Cent an Verwaltungsgebühr. Ob und wieviel Bäume neu gepflanzt werden – das muß nicht kontrolliert werden, denn so ein hoher Baumschutzoffizier wie ein Bürgermeister darf sich natürlich selbst kontrollieren. Bürger hüte dich davor, hier anmaßend zu sein und etwa zu fordern,

daß der Bürgermeister fremdkontrolliert wird!

Hier zum Abschluß eine kleine Chronologie des Baumschutzes im Barnim – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Die Liste darf durch weitere Beispiele ergänzt werden:

April/Mai 2015: 80 vitale hundertjährige Linden an einer Pflasterstraße in Klosterfelde müssen fallen, weil sie zu der neuen Asphaltstraße nicht passen (die Nisthöhlen wurden vorher verschlossen – von wegen Artenschutz und so!).

April 2015: Zwei hundertjährige, gesunde und kräftige Spitzahornbäume in Finowfurt werden in einer Nacht- und Nebelaktion beseitigt. Sie waren angeblich krank.

April 2015: Der Landrat, ein leibhaftiger Minister, zwei Landtagsabgeordnete und weitere Honoratioren pflanzen den Baum des Jahres – einen Feldahorn.

September 2015: Über Nacht ist eine große Kastanie, die vor dem Gebäude der ehemaligen Stadtverwaltung in Finow stand, verschwunden. Die Bürger beschwerten sich, auch in der Zeitung, aber das hat keine Bedeutung!

September 2015: 18 hundertjährige vitale Spitzahornbäume fallen in der Walzwerkstraße in Finowfurt. Dort soll eine Asphaltstraße gebaut werden.

Oktober 2015: Anlässlich des Herbstputzes im Tierpark (Bock auf Zoo!) pflanzt der Zoodirektor mit zwei Vereinsvorsitzenden, die den Herbstputz angeregt und unterstützt haben, zwei Wildapfelbäume.

Guter Rat zum Schluß: Wer einen schönen alten Baum erhalten will – gegen den erklärten Willen der Behörden – der steige da rauf und übernachtete da oben vorzugsweise angeschallt und angekettet. Solcher Widerstand ist rechtens, das hat jetzt ein hohes Gericht zu einem Fall in Baden-Württemberg (Stuttgart 21) entschieden. Da es aber nur wenige Menschen gibt, denen Bäume so wichtig sind, wird das Grün im Barnim weiter abnehmen.

Auch die Trauerweide in Lichterfelde wird fallen. Mit einer Umkehr der Politik, Einkehr ökologischer Vernunft, ist wohl erst zu rechnen, wenn unsere Städte und Dörfer so trostlos aussehen, daß da niemand mehr wohnen will und wenn der Sauerstoff in der Luft, den die Bäume ja produzieren, meßbar abgenommen hat und dafür das Kohlendioxid deutlich angestiegen ist. Für Bürger im höheren Lebensalter, zu denen ich schon gehöre, wird der Sauerstoff noch ein paar Jahre ausreichen und gegen etwas mehr Wärme – dank CO₂ – hat ein älterer Mensch meistens nichts einzuwenden. Noch haben wir bei uns nicht so »dicke Luft« wie in Athen oder Peking!

Also Baumschutzoffiziere und Träger der Auszeichnung »Goldene Kettensäge«: Was scheeren Euch Straßengrün und schöne Bäume. Die machen doch nur Arbeit und dafür habt ihr kein Geld! Was kümmert euch der Klimawandel? Nicht global denken und lokal falsch handeln – das ist doch eure Devise! Macht weiter so wie bisher! Bäume sind nicht so wichtig!

Bündnisgrüne Eberswalde gegen Bebauungsplan »Barnimhöhe«:

Kein unnötiger Flächenverbrauch

Die Stadt Eberswalde plant, auf der sogenannten Barnimhöhe, dem ehemaligen Militärstandort »Haus der Offiziere«, ein neues Einfamilienhausgebiet zu entwickeln.

Die untere Forstbehörde lehnt die Erschließung dieser Fläche, die Bestandteil eines großen Waldkomplexes ist, grundsätzlich ab. Ebenso wie Umweltverbände und Bündnis 90/Die Grünen. Dennoch will die Stadtverwaltung die Bebauung mit Eigenheimen durchsetzen.

Bei dem 2,2 Hektar großen Plangebiet zwischen Bernauer Heerstraße und Heinrich-Heine-Straße handelt es sich »um eine voll bestockte Mischwaldfläche guter Vitalität«. So die Einschätzung des Landesbetriebes Forst. Weiter führt die Forstbehörde aus: »Der vorgesehene B-Plan überplant nicht nur die Abriß- und Entsiegelungsflächen der ehemaligen militärischen Liegenschaft, die sich ... wiederbewaldet haben. Etwa die Hälfte des zukünftigen Baugebietes liegt innerhalb eines historisch gewachsenen Waldbestandes mit 186-jährigen Kiefern und Traubeneichen«.

Der Verweis auf die bereits im Flächennutzungsplan von 1998 dokumentierte Absicht, dort einen Eigenheimstandort zu entwickeln, ist aus heutiger Sicht äußerst fragwürdig. Die damals vorhergesagte Einwohnerentwicklung blieb aus und die Fläche hat sich seitdem

grundlegend verändert. Gleichfalls verstößt die Planung gegen den städtebaulichen Grundsatz, der Entwicklung von innerstädtischen Lagen den Vorrang zu geben.

An der Erich-Mühsam-Straße, der Rudolf-Breitscheid-Straße, der Marienstraße (ehemalige Möbeltischlerei), in Ostend, am Hauptbahnhof (ehemalige Hufnagelfabrik), hinter der Rathauspassage, zwischen Brautstraße und Jüdenstraße – überall stehen interessante Standorte zur Verfügung, deren Erschließung für die Stadtentwicklung weitaus nachhaltiger wäre. Offensichtlich ist die Bebauung einer Waldfläche in Randlage aus Sicht der Stadtverwaltung aber mit geringerem Aufwand zu realisieren.

Für eine Stadt, die sich der Nachhaltigkeit verschrieben hat, ist das ein schlechtes Aushängeschild. Wir appellieren an die politischen Entscheidungsträger, der Stellungnahme des Landesbetriebes Forst größere Beachtung zu schenken und eine sachgerechte Abwägung vorzunehmen.

KAREN OEHLER

Wie weiter mit dem Familiengarten?

Eberswalde (bbp). »Was soll aus dem Familiengarten in Eberswalde nach 2017 werden?« So die Frage von HANS JÜRGEN MÜLLER, der als sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE dem städtischen Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) angehört*.

Die Linksfraktion habe damals den geordneten Weiterbetrieb des ehemaligen LAGA-Geländes mit städtischen Haushaltsmitteln unterstützt, stellt Müller fest. Sogar mit mehr Geld als die Verwaltung für den Erhalt vorgesehen hatte. Schon in Vorbereitung der Gartenschau sei es der Linksfraktion wichtig gewesen, geschichtsträchtige Gebäude zu erhalten, wie u.a. das Blechenhaus und die Hufnagelfabrik. Zugleich habe immer die Frage im Raum gestanden: Was wird aus dem Familiengarten nach 2017? Dann nämlich läuft die Bindefrist der für die Landesgartenschau ausgereichten Fördermittel aus. Eine Einstellung des Familiengartenbetriebs vor dem 31.12.2017 hätte zwangsläufig Rückforderungen des Fördermitelgebers zur Folge.

»Jetzt wollen Stadtverordnete eine Arbeitsgruppe zum Zustand und der Zukunft des FG ins Leben rufen«, informiert Hans Jürgen Müller. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist nicht die Abwicklung des Familiengartens. »Zum Glück«, meint der sachkundige Einwohner. Es werde jedoch von einem defizitärem Zustand gesprochen. »Viel Geld«, so Müller, »fließt immer wieder aus Haushaltsmitteln in den Verein Mühle e.V., in Sportvereine wie FV Preußen. Und dies, obwohl die Vereine nicht für die Bevölkerungsmehrheit und Gäste stehen. Von auswärtigen Gästen, die den Familiengarten immer wieder besuchen, will ich hier nicht

reden.« Offenbar stellvertretend für die Fraktion DIE LINKE sprechend, meint der sachkundige Einwohner des ABPU weiter: »Die Inthronisierung der AG halten wir in der von der CDU-Fraktion geforderten Weise für falsch. Es ist die Aufgabe der Stadtverwaltung den Stadtverordneten dazu Vorschläge zu unterbreiten. Eine Vermengung zwischen Verwaltung und politischem Gremium halten wir für nicht zielführend. Eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema gibt es in der Stadtverwaltung schon.«

Im Ausschuß für Bau, Planung, Umwelt am 6. Oktober sei dazu sehr engagiert diskutiert worden, darunter zu Fragen, wie weiter mit dem Familiengarten, ist eine Verkleinerung der Fläche möglich, können dort Wohnbauprojekte starten, was wird aus der Bühne und anderes mehr. Um eine Wohnbebauung zu ermöglichen, wirft Müller ein, müßte jedoch die Bauleitplanung geändert werden. »Gut fand ich, auch einen Workshop dazu zu organisieren. Das hat in der Vergangenheit Anklang gefunden und viele Ideen bei Projekten gebracht, auch wenn nicht alle Ideen umgesetzt werden konnten. Gar nicht auszudenken, was passiert, wenn der Familiengarten einmal ohne Zaun sein sollte. Er könnte zur Abfall- und Mülldeponie von Uneinsichtigen am Finowkanal werden und das«, so Müller abschließend, »wollen wir als LINKE nicht«.

* 4.11.2015 auf www.dielinke-barnim.de

Die Kritik des Dschihad

... beginnt vor der eigenen Kirchentür.

13. Szene »Die Letzten Tage der Menschheit« von Karl Kraus (1918, Bühnenfassung 1928):

Wallfahrtskirche.

DER MESNER: Hier sehen Sie ein interessantes Weihegeschenk für unsere Wallfahrtskirche: einen rosenkranz, dessen Korallen aus italienischen Schrapnellkugeln bestehen. Das Kreuz ist aus dem Führungsring einer geplatzen italienischen granate geschitten. Der Christus ist aus einer Schrapnellkugel gebildet. Dieser Rosenkranz wiegt mehr als ein Kilogramm, erfordert also für ein längeres Beten eine starke Hand. Wollen die Herrschaften vielleicht versuchen?

DER FREMDE (versucht es): Uff! - Nee, nich zu machen.

(Die Glocke läutet)

DER MESNER: Hören Sie! Zum letztenmal! Gleich wird sie abgenommen. Man macht aus Schrapnellkugeln Rosenkränze und dafür aus Kirchenglocken Kanonen. Wir geben Gott, was des Kaisers, und dem Kaiser, was Gottes ist. Man hilft sich gegenseitig, wie man kann.

Der deutsche Dschihad war Wirklichkeit!

»Gott mit uns« stand auf dem Koppelschloß der deutschen Soldaten.

Noch malt die Bundeswehr auf ihre Fahrzeuge das von Schinkels Eisernem Kreuz abgeleitete Balkenkreuz.

Protest der christlichen Konfessionen gegen den mörderischen Mißbrauch ihres zentralen Symbols ist uns nicht bekannt.

HARTMUT LINDNER

www.maxe-eberswalde.de

Barnimer Bürgerpost
a b o n n i e r e n !

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

»Ein beständiger Friede«

In einer Werbeschrift fand ich kürzlich die vielversprechende Aussage des Friedensvertrages von Hubertusburg vom 15. Februar 1763 zum Ende des Siebenjährigen Krieges zwischen Preußen und Österreich: »Es wird fortan ein unverletzlicher, beständiger Friede, ebenso ehrliche Eintracht und vollkommene Freundschaft herrschen...«

Diese Worte waren nach dem für beide Seiten verlustreichen Krieg so hilfreich, um sogar den Handel zwischen beiden Ländern zu fördern. Die Fortsetzung ist bekannt: Preußen wurde in Europa als Großmacht gehandelt und schritt nach den napoleonischen Kriegen als Sieger mit »Blut und Eisen« Bismarckscher Prägung zum Ausrufen des Deutschen Reiches mit einem selbsternannten Kaiser voran. Die Gelüste nach Expansion fanden kein Halten. Der »Erbfeind« im Westen wurde besiegt. Und mit reicher Kriegsbeute aus dem Krieg 1870/71 beladen, bereitete sich nunmehr unter Wilhelm II. das Reich auf seinen Anspruch als Weltmacht vor. Im Verein mit Österreich – man hatte sich ja Freundschaft versprochen – und unter großzügiger Förderung des Kapitals zur Schaffung hochproduktiver Industrie, rüstete man sich zum Sprung in die Weltmeere. Das imperialistische Zeitalter begann mit dem Kampf um Kolonien und erweiterten »Lebensraum«. Anlässe für einen Kriegsausbruch, durch feudal überkommene Erbstreitigkeiten, von allen Seiten begünstigt, gab es genug.

Da waren die Kolonien. Riesige Gebiete außerhalb Europas, die viele Begierden weckten, und wo man sich, ohne auf großen Widerstand zu stoßen, mit der inzwischen gewonnenen technisch-technologischen Überlegenheit reichlich bedienen konnte. Im Reichsinneren kulminierte der (relative) Wohlstand. Kritische Stimmen von seiten des mit der Industrialisierung entstandenen jungen Proletariats (die Organisierung der Arbeiterklasse mit den

Schriften von Marx, Engels, Hegel, Feuerbach u.a.m. vertraut, wuchs auch in Deutschland) hielt man mit Polizeigewalt im Zaum.

Fortan war nicht mehr vom Frieden die Rede, sondern die Probleme sollten mit militärischen Mitteln in einem Waffengang gelöst werden. Verloren haben in zwei Weltkriegen und einem bis heute andauernden »Kalten Krieg« vor allem die sogenannten »kleinen Leute«. Das Kapital und ihre Handlanger blieben in den nicht von revolutionären Veränderungen betroffenen Ländern der westlichen Welt im wesentlichen ungeschoren. Das Geld regierte weiterhin die Welt! Und ... führte die Welt von einem verbrecherischen Krieg in den anderen, bis heute! Und was wird morgen?

Die Krise steht pausenlos ins Haus. Die ideologischen und materiellen Wurzeln ihrer Existenz sind wohl bekannt. Wer hält uns davon ab, sie auszuroden, erkennbar zu machen? Gegen bessere auszuwechseln! Es gibt eine bessere Welt! Lassen Sie uns daran arbeiten – jeden Tag und jede Stunde! Wer meint, er könne sich an den todsicheren Problemen vorbei jonglieren, tut niemandem einen guten Dienst.

Darüber nachzudenken kann sich lohnen, aber auf alle Fälle nicht verkehrt sein!

In diesem Sinne wünsche ich uns gemeinsam gesunde Feiertage mit dem Gedanken an gelebte Solidarität mit denen, die mit den Schatten der Vergangenheit zu kämpfen haben und auch leben wollen.

HELMUT BRAUNSCHWEIG,
DKP-Gruppe Eberswalde/Umgebung

Die Energiewende ist in Bernau angekommen

Dies war das Fazit der regen Debatte der öffentlichen Veranstaltung der LINKSFRAKTION BERNAU zum Thema Stadtwerke und ihre Aufgaben bei der Energiewende. Sie fand zu dem Zeitpunkt statt, an dem in Paris der weltweite Klimagipfel tagte.

Die Fraktionsvorsitzende Dr. DAGMAR ENKELMANN erinnerte anfangs die rund 30 interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer an das Motto der ersten Internationalen Klimakonferenz 1992 in Rio de Janeiro: Global denken und lokal handeln.

Im Mittelpunkt des Abends stand die Frage, wie die Stadtwerke dazu beitragen, die Energieversorgung Schritt für Schritt auf erneuerbare Energien umzustellen, um den Verbrauch fossiler Brennstoffe einzuschränken und künftig auszuschließen. Die Geschäftsführerin der Stadtwerke Bernau, BÄRBEL KÖHLER, erläuterte, daß ihr Unternehmen bereits achtbare Ergebnisse vorweisen können.

Der Strom der Bernauer Stadtwerke stamme bereits zu 44 Prozent aus erneuerbaren Energi-

en. Bundesweit seien es erst 26 Prozent. Eine hohe CO₂-Einsparung sei durch die Sanierung der Blockheizkraftwerke und den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf Firmen- und Schuldächern erreicht worden. Aus 236 Photovoltaik-Anlagen werden jährlich 4 Millionen Kilowattstunden ins Netz der Bernauer Stadtwerke eingespeist.

Seit 2011 sind die Stadtwerke an einem Windpark beteiligt, der 2,7 Millionen Kilowattstunden jährlich an grünem Strom für das Bernauer Netz einspeist.

Auf diesem Weg wollen die Stadtwerke weiter voranschreiten, so Köhler. Ein Klimakonzept mit einer gemeinsamen Klimastrategie von Stadtwerken, WOBAU und Stadt Bernau bis 2025 sei bereits in Arbeit.

Ein eigenes Windrad soll in einem Gewerbegebiet Bernaus errichtet werden. Auch die Elektromobilität für die Bürgerinnen und Bürger wollen die Stadtwerke voranbringen.

Auf der Agenda für die Zukunft stehen bei den Stadtwerken die Kooperation mit der

WOBAU und anderen Investoren bei der Energie- und Wärmeversorgung. So könnten z.B. Mieterstrommodelle entwickelt werden, um auf bzw. in den Wohnblöcken preiswert und bedarfsgerecht Energie zu produzieren. Die Stadtwerke Bernau könnten sich auch eine Kooperation mit einem Kreis-Energiewerk sehr gut vorstellen, erklärte die Geschäftsführerin auf Nachfrage.

Sie werden sich weiter als serviceorientierter Energiedienstleister profilieren, als Berater bei der energetischen Gebäudesanierung, der Energieberatung und auch beim Einbau von Photovoltaik-Anlagen und Wärmespeichern für private Haushalte anbieten.

Dieser Strategie der Stadtwerke Bernau konnte der Energieexperte der Bundestagsfraktion der Linken, UWE WITT, der die Energiepolitik der der Linken darstellte, nur zustimmen. Er sieht die kommunalen Energieversorger als Schaltstellen der Energiewende. Da seien die Stadtwerke Bernau auf dem richtigen Weg.

MARGOT ZIEMANN

Ananas für alle!

Die Deutsche Demokratische Republik hat zwei berühmte Männer hervorgebracht, Männer gleichen Namens, aber unterschiedlicher Gewerbe. Der eine, ehrbarer als der andere und auch ein paar Jahre älter, tingelte landauf landab durchs gelobte Land, gastierte im »Kessel Buntes« ebenso wie auf Frauentags- und anderen Betriebsvergnügen und war das, was man heutzutage einen Comedian heißt. Seine Witze waren banal und sie hatten mehrheitlich was mit betrogenen Ehemännern und Pointen zu tun, die sich sehr absehbar aus solchen Eröffnungen ergaben: »Kommt ein Mann zum Arzt ...«. Seine Auftritte kulminierten in der Aufforderung (an die Damen im Publikum), ihn liebevoll Günti zu rufen, was mit Inbrunst passierte. So war er halt, der Günter Krause.

Der zweite Günter Krause wurde in den Wendejahren nach oben gespült und geriet aus Bad Doberan ins deutsche Weltgeschehen. Wie andere körperlich etwas kurz geratene Männer und möglicherweise von der Furcht gejagt, übersehen zu werden, versuchte er mit Erfolg, auf sich aufmerksam und Karriere zu machen. Auf Talk-Shows, die in den wirren Zeiten des Umbruchs quasi in Endlosschleife liefen, gab er den zynischen Wadenbeißer und machte sich einen Namen mittels einer Südfucht, deren Fehlen im Warenangebot der DDR-Läden er als besonderen Makel des SED-Regimes anprangerte. »Es wird eine Zeit kommen, in der unsere Kinder alle Tage Ananas essen können«, verhiß er dem Ostvolk und hatte so seinen Necknamen »Ananas-Krause« weg, der ihm noch heute anhängt. Über seine Funktion als Mecklenburger CDU-Chef gelangte er in die frei gewählte Volkskammer und wurde Fraktionsvorsitzender der Ex-Blockflöten, später gar Minister. Parallel entfaltete er ein interessantes privates Dasein, schmückte sich mit edlen Autos, garnierte sich mit Pomp und Privatjacht und ließ seinen minderjährigen Sohn in die Staaten fliegen, damit der dort, im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, seinen Führerschein machen konnte. Papa hatte dem Knaben nämlich einen sauteuren Jeep geschenkt. Seine Gattin ließ sich gern und oft an der Seite des berühmten Mannes ablichten, machte aber in ihrer hausbackenen Garderobe einen eher peinlichen Eindruck – viel Kohle, aber wenig Geschmack.

Dann kam Krausens große Stunde. Er produzierte in Eintracht mit einem gewissen Schäuble einige tausend Seiten Text, der als Einigungsvertrag die DDR übergabereif machte. Manches hätte schlimmer kommen können, manches (Bodenreform) war so schlecht nicht gedacht – aber alles in allem lief die Vereinbarung auf die astreine Übernahme bundesrepublikanischer Gesetzlichkeit hinaus. In einem Interview, zu dem eine Zeitung ihn anlässlich der sogenannten Tafelsilberhochzeit der Einheit aufgespürt hatte, räumte er mit einer gewissen Bitterkeit ein, daß ein großer Teil des

damals Vereinbarten nicht umgesetzt und vieles ins Gegenteil verkehrt worden sei, was wohl auf volksdeutsch heißt: Man hat ihn über den Tisch gezogen und die Ossi also auch.

In Neudeutschland avancierte der Cleverling zum Verkehrsminister und begann (unbeabsichtigt) an seinem Abstieg zu arbeiten; in der DDR nannte man das »rückwärtige Kaderentwicklung«. Einmal an die Tröge gekommen, langte er mit großer Kelle zu. Der erste Skandal hing mit der Lizenzvergabe für Autobahnraststätten zusammen. Wer sich eine ergattern konnte, wie ein französischer Ölmulti, hatte die Lizenz zum Gelddrucken erworben und Krause, der – sagen wir mal – nicht übermäßig korrekt vorging, wurde der Mauschelei und Bevorteilung bezichtigt, auch von Provisionen war zu lesen, kam mit einem blauen Auge davon. Sein Ruf jedoch hatte den ersten Knacks weg.

Dann kam die Putzfrauenaffäre. Der Minister, Monatseinkommen zwischen 20.000 und 30.000 Mark, hatte in aller Unschuld das Gehalt seiner Haushaltshilfe von der Steuer abgesetzt, was nicht ganz legal, aber auch nicht so richtig unerlaubt war. Der Leumund, ein Raffke zu sein, bestätigte sich. Ein paar läßliche Sünden folgten, ein bisschen Boffenheit in der Öffentlichkeit, ein Kleinkrieg mit der scheidungsunwilligen Frau, Krach mit Handwerkern ... Das alles ging durch die Medien, und nach und nach rückte die Mecklenburger Parteibasis von ihrer wortgewaltigen Sprachröhre ab. Ein kräftiger Tritt ins Fettnäpfchen brachte Kohl, seinen Gönner, in Rage und Krause das politische Aus auf Dauer. Dem Sinne nach hatte er laut verkündet, im Bundestag säßen mehrheitlich Menschen, die zu untauglich für einen anständigen Beruf in der Wirtschaft seien und deshalb das politische Gewerbe gewählt hätten. Die Betroffenen und Gemeinten sahen sich als Blödlinge enttarnt und jaulten auf.

Auf einmal war Krause der hergelaufene Ossi mit dem großen Maul, Nestbeschmutzer und undankbarer Lümmel. Der einstige Vorzeigebubi wurde gegangen und – er war ja einer von den Gewieften – versuchte sich als Unternehmer. Er fiel auf eine »Idee« herein, die ein noch schlauerer hatte: Preiswerte Häuser für Geringverdiener in Serie bauen. Mit Häme begleitete die Presse den unaufhaltsamen Abstieg in die Pleite, die aber nur eine Kette folgender Insolvenzen einleitete. Es blieb nicht aus – die Gerichte wurden auf einige seiner Praktiken aufmerksam. Betrügereien und Insolvenzverschleppung wurden mit hohen Geldstrafen und einem Urteil auf Bewährung geahndet. Krause, der sich mal kokett als »Stehaufmännchen« bezeichnet hatte, saß dicke in der Tinte.

Da sitzt er, inzwischen kugelig geworden, eigentlich noch immer. Erneut probiert er sich als kühner Projektrealisierer aus, diesmal im Bereich Nanotechnik. Kenner der Materie geben ihm nur Monate bis zur Notlandung.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Internationales Schaukochen: Russische Spezialitäten



Foto: ANDREA HOEHNE

Süße Piroggen gegen den Novemberblues gab es am 26. November im Rahmen der Reihe »Internationales Schaukochen« im Café ALTE SCHULE des Bürgerbildungszentrums »Ademedeu Antonio« in der Eberswalder Puschkinstraße. Mitglieder des Iwuschka-Chores kochten gemeinsam mit den Gästen bereits zum zweitenmal russische Spezialitäten. Diesmal zeigten sie Piroggen und Bliny mit viel Spaß an der Handarbeit. Daß die Choristinnen dabei ein Liedchen auf den Lippen hatten, war Ehrensache. Viele Stammgäste lieben die oft exotischen Anregungen der Hobby-Köchinnen, spornen sie doch an, einmal aus dem gewohnten Kocheinmaleins auszuscheren.

ANDREA HOEHNE

Frühlingsrollen und Katzenohrsuppe

Spezialitäten aus China – aus dem Reich der Mitte – am 11. Dezember, 15 Uhr, im BBZ »Ademedeu Antonio« Eberswalde, Puschkinstr. 13.

WEI SHI aus Shanghai kocht im Rahmen der Reihe »Internationales Schaukochen« im Café »Alte Schule«. Die Dozentin für Chinesische Sprache an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde lebt seit 2003 in der BRD. Selbstgemachte Frühlingsrollen dürfen natürlich nicht fehlen, aber auch Exoten wie Katzenohrsuppe werden von Wei Shi zelebriert. Keine vegetarische, aber auf jeden Fall eine leckere Verführung.

ANDREA HOEHNE

Anzeige

Geburtstagsgrüße

Am 2. Dezember beging unsere Genossin MARIA BENDITZ ihren 86. Geburtstag. Liebe Maria, als älteste Genossin in unserer Gruppe leistest Du immer wieder wichtige Aufgaben. Für Dein weiteres Leben wünschen Dir alle Genossen Gesundheit, Humor und immer eine gute Stimme.

Auch der Genosse K. DIETRICH hatte am 2. Dezember Geburtstag. Nicht vergessen wollen wir den Gen. PETER STRECKER, der am 15. Dezember feiern kann.

Am 1. Januar wird unsere ROTE OMA 92. Alles alles Gute, viele liebe Glückwünsche und Gesundheit von allen Rotfüchsen aus nah und fern.

DKP und ROTFUCHS

2014/15: Was bedeuten nun 1854, die Krimkrieg-Phase, und 1914, der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die dazugehörigen Kriegsziele der Mächte, für uns heute – nämlich 2015?

Immer wieder, in den letzten 30 Jahren, konnte das Gefühl aufkommen, in einer Vorkriegszeit zu leben. In der Geschichte – wie 1815, 1918/19, 1945 – wiederholt sich derselbe Vorgang. Das internationale System formiert sich neu. Innerhalb eines Jahrzehnts wird darüber entschieden, welche der siegreichen Mächte des zu Ende gegangenen Konfliktes noch an der Spitze stehen wird.

Absteigende Mächte neigen dazu, mit militärischen Mitteln den Verfall zu stoppen. Das trifft auf das Deutsche Reich nach 1871/1904/05, das britische Empire um 1930 und erneut 1956, wie auf die Sowjetunion der Afghanistan-Phase zu. In solchen Phasen entwickelt sich eine besondere Sensibilität der Führungseliten für die Eventualitäten, die aus derartigen Situationen entspringen können.

In den achtziger Jahren, im Angesicht möglicher künftiger konventioneller Kriege in Europa, wurde das historische Datenmaterial unter dem Gesichtspunkt untersucht, wie es zu den großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts gekommen war. Nicht zuletzt die politologischen Ansätze der frühen siebziger Jahre führten dazu, über die Gefahren nachzudenken, die aus einer Umklammerung der Sowjetunion dieser Jahre durch USA, China und NATO entstehen könnten. Und dies unter der von verschiedenen Seiten im Verlauf der achtziger Jahre erneut (Paul M. Kennedy)¹ dargestellten historisch-politischen Fragestellung vom »Aufstieg und Verfall der Kulturen« (G. P. Gooch)². Weiter ging es mit einem weiteren analytischen Ansatz um die möglicherweise erfolgreiche Blockade militärischer Auseinandersetzungen zwischen Großstaaten. Und dies hinsichtlich des Modells, zum Beispiel Henry Kissingers³, von der vermeintlich vollendeten Restitution der Welt nach 1815, deren Klammerfunktion jedoch durch die Repression Rußlands infolge des Krimkriegs zu eben deren Ende führte.

Zum Ausschluß militärischer Gewalt aus dem internationalen System kam es jedoch nicht. Doch erwartete die Wissenschaft, der Ausschluß von Kriegen zwischen Großstaaten könne zum gewaltfreien Wandel hinsichtlich Einflüssen, Ressourcenverteilung etc. führen. Es galt die Annahme zu widerlegen, daß nach einem durchgekämpften Konflikt die Machtverteilung eindeutiger als zuvor ausfallen würde. Daß ein friedlicher Prozeß bei weitem nicht so klare Ergebnisse zur Folge hätte.

Im Falle des Deutschen Reiches hätte das bedeuten können, daß es nicht zu dessen Gründung gekommen wäre. Allerdings führte auch der Friede von Frankfurt 1871 zu keinem eindeutigen Ergebnis, erreichte doch Deutschland lediglich eine halbhegemoniale Position, und verschoben sich, bevor der nächste Konflikt zwischen den Mächten sich abzeichnete, die Paritäten zwischen den europäischen

1854 – 1914 – 2014 (Teil 3):

Machtverlust und Aggressivität

von Dr. Bernd F. Schulte

Der Verlust der Stadt Sewastopol am 8. September 1855 brachte vor 160 Jahren die Entscheidung im Krimkrieg. Fast ein Jahr lang hatte sich die russische Armee gegen die Belagerung durch französische, britische, türkische und italienische Truppen behauptet. Die ersten beiden Teile befaßten sich mit der Haltung Preußens in diesem großen europäischen Krieg in der Mitte des 19. Jahrhunderts und der sich sowohl 1914 als auch 1939 zeigenden Kontinuität in Sachen Ostexpansion.

Mächten entsprechend deren industriellen, militärischen und diplomatisch-politischen Schwerpunkten.

So auch nach 1945. Kriege unter Großstaaten führen zumeist zu eindeutigen Hierarchien. Diese haben, nach allgemeiner Meinung, auch längeren Bestand. Daß jedoch diese Kräfteverteilung durchaus zunehmend labiler wird, kann die Führungsmacht an Veränderungen auf ökonomischem, industriellem und technologischem Gebiet erkennen. Der »index of concentration« mag diese Antwort über die volle Breite der vielfältigen Sektoren im Verlauf der 80iger Jahre auch bezogen auf die USA, aber vor allem auf die UdSSR, gegeben haben.

Der Abgleich der Fähigkeiten der Leitmacht und der konkurrierenden Großmächte kann zu der Erkenntnis führen, daß – trotz Handel und Wandel – erste Differenzen auftreten. Während das Interesse der USA während der 80iger Jahre gegenüber der UdSSR darauf hinauslief zu erkennen, inwieweit sich die Verbündeten in Comecon und Warschauer Pakt⁴ aus deren Machtbereich zu lösen versuchten, unterlagen und unterliegen seit 1991 auch die USA ähnlichen divergierenden Tendenzen in deren Bündnisssystem (NATO/EU).

Das Ergebnis für den Fall UdSSR ergab: Es mochten sich die Prozesse eines engeren Zusammenschlusses im Bündnis, wie auch die Tendenz durchsetzen, größere Selbständigkeit von der Hegemonialmacht zu erreichen. Zudem werde sich, bei nachlassender Kontrolle über die Verbündeten, diese zunehmend schwächer und fahriger gestalten. Diese Erwartungen wurden gespiegelt durch Ereignisse, die im westlichen Glacis des Machtbereiches der Sowjetunion eintraten. 1953, 1956 und 1968 griff Moskau in diesen Prozeß nachlassender Gravitation regulierend ein. Gemäß den Erwartungen nach siegreich beendeten Kriegen entsprach diese zunehmende Abschleifung der Machtposition Moskaus unter Andropow/Gromyko jener bei Bethmann Hollweg/Moltke, Hitler/Ribbentrop und Stalin/Molotow. Stets war zunehmende Führungsschwäche erkennbar, wenn der jeweilige Großstaat auf einen Moment der Schwäche zusteuerte. Die staatstragenden Kräfte finden in derartigen Konstellationen, das ist das Ergebnis der Analyse der letzten 150 Jahre, keine angemessene Antwort auf die Veränderung der allgemein politischen Verhältnisse (so auch der russische Zar Nikolaus I. vor dem Krimkrieg).

Einseitige Reaktionen belegen die unangemessene Reaktion der (oft) einseitig militärisch geprägten Führungseliten. Krampfartig wird nach neuen Bündniskontakten gesucht, werden die militärischen Ressourcen verstärkt, was einzig und lediglich einen vordergründigen Effekt von Selbstbestätigung erzielt. Damit sind diese Großstaaten im Begriff abzustiegen, und verfügen, im Vergleich mit den Verhältnissen der übrigen Staaten, über einen überzogen verstärkten Militärssektor. Gleichzeitig erreicht dieses kriselnde Machtgebilde einen geringeren Erfolg als jene Staaten, die mit weniger Machtmitteln operieren.

Zusätzlich erliegen solche Mächte der Versuchung, militärisch überzureagieren und sich vermehrt in Streitigkeiten verwickeln zu lassen. Eine der wesentlichen Wirkungen bildet die Eskalation des Machteinsatzes. Führungsmächte im besonderen sind, im Moment des Abgleitens von vorheriger Macht und Größe, also geneigt, kurz- oder mittelfristig weniger flexibel und anpassungsfähig zu reagieren.

Die Effekte zunehmender Militarisierung in Staatsführung und Gesellschaft, vor allem eine kämpferische Auffassung von allgemeiner Politik, bewirken in wachsendem Maße Mißerfolge und damit verbunden ein eskalierendes Krisenmanagement; führen zu wachsender Kriegsbereitschaft.

Dies mag in unseren neusten Zeiten für die USA wie für Rußland, aber auch die EU zutreffen. Im Weltmaßstab jedenfalls stehen Nordamerika und Europa nicht mehr an der Spitze der Entwicklung. Das hat der rasante Aufstieg Chinas angekündigt (linearer stabiler Zuwachs des Brutto sozialproduktes, P. M. Kennedy, 1986). Das Deutsche Reich von 1914 jedenfalls beschritt diesen Weg. *Fortsetzung folgt*

1 – PAUL MICHAEL KENNEDY (* 1945) britischer Historiker, Politikwissenschaftler sowie Experte für Militärstrategien, Diplomatie und internationale Beziehungen.

2 – GEORGE PEABODY GOOCH (1873-1968) brit. Historiker.

3 – Henry Alfred Kissinger (* 1923) ist ein US-amerikanischer Politikwissenschaftler und ehemaliger Politiker der Republikanischen Partei. Der Deutschamerikaner Kissinger spielte in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten zwischen 1969 und 1977 eine zentrale Rolle.

4 – COMECON: Abkürzung für COUNCIL FOR MUTUAL ECONOMIC ASSISTANCE, engl. Bezeichnung für den RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE (RGW), internationale Organisation sozialistischer Staaten, 1949 bis 1991.

WARSCHAUER PAKT: im Westen gebräuchliche Bezeichnung für den »WARSCHAUER VERTRAG ÜBER FREUNDSCHAFT, ZUSAMMENARBEIT UND GEGENSEITIGEN BEISTAND«, in Reaktion zu NATO und Wiederaufrüstung der BRD im Jahr 1955 von acht sozialistischen Ländern unter Führung der Sowjetunion gegründet. Am 1. Juli 1991 aufgelöst.

Kriegsweihnachten 1943 Der 23. November

1943 war unser Vater im Kriege. Ich war drei Jahre alt. Die Mutter und wir drei Mädchen wollten bei den Großeltern in Berlin, im Prenzlauer Berg, Weihnachten feiern. Dazu gehörte ein Kirchengang in die Gethsemane-Kirche in der Stargarder Straße. Der Fußweg von der Schievelbeiner Straße dauerte nur wenige Minuten.

Die Kirche war voll an diesem Heiligen Abend. In der hölzernen Bank saß ich zwischen der Mutter und meiner Schwester Hildegard. Der Pfarrer las die Weihnachtsgeschichte aus der Bibel vor.

Danach predigte er laut von der Kanzel. Jedes Wort war deutlich zu verstehen. Ich fühlte mich immer angesprochen: »Fürchtet euch nicht!«. Ich wunderte mich laut: »Ich fürchte mich doch gar nicht!«.

Besucher und Pfarrer schmunzelten. Nur zwei ältere Damen hinter uns zischelten: Mit so kleinen Kindern in die Kirche zu gehen!! Sie kannten wohl nicht das Wort Jesu: »Lasset die Kindlein zu mir kommen.«

Als wir aus der Kirche traten, hatte Schneefall die Straßen verzaubert. Die Laternen und das Dach des U-Bahnhofes hatten weiße Hauben bekommen. Alle Geräusche waren leiser geworden. Das war ein schöner Feiertag.

Die Großmutter hatte inzwischen einen Braten angerichtet. Der Falsche Hase duftete und schmeckte sehr gut. Besonders die Soße.

Ja, und unsere Mutter war schwanger und im Mai 1944 wurde unser Bruder geboren.

WALTRAUD VOIGT

Weihnachtsmarkt im Kiez



Foto: GERD MEIKEMANN

Eberswalde (bbp). Am Sonntag, den 13. Dezember, also am 3. Advent findet in diesem Jahr der mittlerweile 12. Kiez-Weihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel statt. Wie im Vorjahr erwarten Weihnachtsmann und Väterchen Frost mitsamt Schneeflockchen die Gäste zwischen 14 und 18 Uhr auf dem Potsdamer Platz im Zentrum des Stadtteils. Durch das Bühnenprogramm geleitet Hexe Pixelpax mit Spaß und Unterhaltung für jung und alt. Leckere gastronomische Angebote sorgen dafür, daß niemand hungrig oder durstig bleiben muß. An den Ständen präsentieren sich wieder viele Initiativen aus dem Stadtteil.

An dem Tag hatte mein jüngster Bruder Ferdinand Geburtstag. Er war zwei Jahre älter als ich und als ich 19 wurde, das war im Januar 1943, gab es von ihm und meinem Bruder Klemens schon keine Feldpostbriefe mehr.

Der älteste Bruder Hans, den wir als Deserteur monatelang versteckt hatten, starb nach Kriegsende mit 33 Jahren an den Folgen seiner Kriegsverwundung.

Sollte da noch eine Frage offen bleiben, warum ich Kriegstreiber, Rüstungsbosse, Militaristen, Faschisten und alle Geld- und Machtgierigen hasse bis an mein Lebensende?

Gestern war Totensonntag. Ja, das Sterben gehört zum Leben, das ist mir bewußt, da ich am 1. Januar 92 alt werde und weiß, daß ich auch mit gutem Willen keine 200 Jahre leben kann, also ist das Sterben normal.

Wenn Menschen schon als Kinder verhungern, auf der Flucht ertrinken, oder wenn Menschen von Bomben getötet, oder von Soldaten erschossen werden – dann ist das nicht normal. Ja, das Sterben gehört zum Leben aber nicht das Morden.

In einem kapitalistischen System, wo Geld die Welt regiert, sind Krisen und Kriege Normalität. Dazu eine Begegnung bei einer Volksbefragung in Westdeutschland 1952/53 gegen Generalvertrag für einen Friedensvertrag, als ich von einem ehemaligen Schulkameraden, der Vater von 2 Kindern war, zu hören bekam: Es hat schon immer Kriege gegeben und es muß auch weiter Kriege geben, sonst gibt es zu viele Menschen auf der Erde!

Ich, Mutter von zwei kleinen Kindern, frage ihn darauf, ob seine beiden Kinder zu viel wären für diese Welt – meine seien es nicht!

Dann entschied er sich plötzlich für einen Friedensvertrag. Die rote Oma bittet Euch nur, darüber nach zu denken.

ELISABETH MONSIG

Das KANALTHEATER:

Neues aus der Notaufnahme

Die gesamte Staffel an einem Abend live. Klubtheater, entwickelt aus Improvisationen.

Alle Welt bereitet sich auf Weihnachten vor, die politische Lage ist schwierig: Die Notaufnahme aber ist weiterhin besetzt. Chefärztin Polka hat den Laden nicht wirklich im Griff, Oberärztin Sasse scheint gar nicht mehr nach Hause zu gehen, Pfleger Konrad handelt mit Medikamenten, der Hausmeister taucht immer da auf, wo er nicht sein soll, die Patienten haben die seltsamsten Syndrome und Assistenzärztin nutzt die sexuelle Orientierung ihrer Chefin gnadenlos aus...

Als dann MacKinsey ins Haus kommt, ist alles zu spät, apokalyptische Zustände breiten sich aus...

KANALTHEATER: Fr., 11.12./Fr. 18.12./ Sa. 19.12. jeweils 20 Uhr im Klub EXIL

Am Bahnhof Eisenspalterei, Eberswalde
Karten: info@kanaltheater.de · www.kanaltheater.de · Tel.: 0163/4454711

Wandertips

von BERND MÜLLER

12. Weihnachtswanderung

26. Dezember, Samstag, 2. Weihnachtsfeiertag
Lug ins Land, Wasserfall und Froschmaul

Die Wanderung führt uns bereits im 12. Jahrgang durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena Kaffeestart geplant. Rückweg zum Mon Choix. Wandergeschwindigkeit 3km/h, ca. 2,5 Stunden. Wanderleiter Wolfgang Bülow.

Treff: 14.00 Uhr Waldgaststätte Mon Choix, Cöthener Weg 4, 16259 Falkenberg

12. Silvesterwanderung

31. Dezember, Donnerstag, auf den höchsten Berg Ostbrandenburgs

Die Wanderung führt uns durch den herrlichen Winterwald auf den Semmelberg, dem mit 158 m höchsten Berg Ostbrandenburgs. Durch schönen Nadelbaumwald geht es zurück. 3 km/h Wandergeschwindigkeit, ca. 2 Stunden. Wanderleiter Corinna Gerber
Treff: 13.30 Uhr Forsthaus Bodenseichen an der B 158 bei 16259 Bad Freienwalde

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Öffentliche Rentensprechstunde

Rentenempfänger erhalten jeden zweiten Mittwoch im Monat Hilfe von der Brandenburgischen Renteninitiative beim Lesen ihrer Rentenbescheide und dem Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Sprechstunde ist am 9. Dezember, 10-12 Uhr, bei der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 in Eberswalde. **ANDREA HOEHNE**

Anzeige

Wir trauern um unseren Genossen und Leser des ROTFUCHS

Horst Liebig

Er verstarb 4 Tage nach seinem 88. Geburtstag. Sein plötzlicher Tod ist für seine Familie, für uns und alle, die ihn kannten, ein großer Verlust.

Horst Liebig war ein guter und vorbildlicher Soldat und Offizier bei der Kasernierten Volkspolizei und später bei der Nationalen Volksarmee. Der stand am 13. August in Berlin an der Sektorengrenze tapfer dem US-amerikanischen Panzer gegenüber.

Im Ruhestand schrieb Horst mehrere Bücher. An den ROTFUCHS-Veranstaltungen nahm er oft in Altenhof und Eberswalde in Begleitung seiner Lebensgefährtin teil.

Wir verlieren mit Horst Liebig einen unermüdbaren Kämpfer für die Sache des Friedens und des Sozialismus. Ein Kommunist, wie er im Buche steht. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

DKP-Gruppe Eberswalde
ROTFUCHS-Regionalgruppe

Volksbegehren contra Massentierhaltung

In Bernau hat ein kleines Team am 5. Dezember an der Bürgermeisterstraße Höhe Markt bzw. Apollo noch so manche Adresse für die Anforderung der Unterlagen gesammelt. Ein feiner Zug, auch zu Weihnachten an die Tierferchereien in Brandenburg aufmerksam zu machen. Viele Leute gehen einfach vorbei, weil sie reflexartig glauben, Jemand wolle Ihnen ihr Schnitzel wegnehmen. Jedoch liegen dem Begehren ausschließlich sittliche,

moralische und gesundheitliche Unzulänglichkeiten der Tierproduktion zugrunde. Es geht nicht um den Bauern von Nebenan, der gegenüber seinen Kunden im Angesicht nicht rot werden möchte.

Sondern es geht um die Großzuchtanlagen, in denen die Tiere und deren Umgang mit ihnen als Nummern dem Gewinnstreben geopfert werden.

Es geht aber auch anders, wenn die Politik einlenken würde. Da die Lobby der brandenburger Tierhalterindustrie schon französische Statisten als hiesige Bauern ausgibt, hilft wohl nur noch das laufende Volksbegehren. Und sei es nur dafür, wenigstens den Anstand in diesem blutigen Geschäft zu wahren. Da das Verfahren nicht so üblich ist, wie eine Wahl, gehören dazu besondere Hinweise: Das Volksbegehren gegen Massentierhaltung in Brandenburg funktioniert so: Entweder im zuständigen Bürgeramt/Rathaus direkt unterschreiben oder bequem Briefwahlunterlagen anfordern. Also Anfordern der Post bei www.volksbegehren-massentierhaltung.de und nach wenigen Tagen kommen die Unterlagen zu euch nach Hause; auf Vorder- und Rückseite unterschreiben, dann die Unterlagen kostenlos per Post zurück ins Rathaus schicken. Erst dann zählt eure Stimme wirklich! Mitmachen können alle Brandenburgerinnen und Brandenburger bereits ab 16 Jahren.

THOMAS TOBLER

Heute bin ich traurig...

Heute
bin ich
traurig geworden
wer bin ich und wie ist
meine Mutter gewesen in
Wahrheit und wie mein Vater
wie wird mein Kind werden und
meine Enkel wenn ich gestorben bin und
was haben mir meine Kinder gegeben daraufhin
ich anders wurde in meiner Tiefe wo ist das
Urvertrauen hingegangen warum leben wir
nicht einfach wie Kinder ohne die unaus-
gesprochene Hinterlist gegen andere
Menschen und bescheiden uns
mit Weniger von
Allem

WALTRAUD VOIGT, 2010

Wir trauern um unsere Mitstreiterin der ersten Stunde, Helferin in schweren Zeiten und großzügige Freundin zu allen Zeiten.

Ingeborg Simon

lebt nicht mehr. Am 27. November wäre sie 87 Jahre alt geworden.

Vor zwanzig Jahren gehörte Inge Simon zur Schar derer, die mit ihrem großartigen Engagement dafür sorgten, daß unsere unabhängige Leserzeitung keine Eintagsfliege blieb. Inge in wirkte ihrem Wohngebiet als stets zuverlässige Verteilerin der »Barnimer Bürgerpost« und warb engagiert in der Nachbarschaft neue Leserinnen und Leser. Darüber hinaus stand sie in den ersten Jahren Monat für Monat, immer wenn eine neue Bürgerpostausgabe herauskam, auf dem Marktplatz, um unsere Zeitung unter die Leute zu bringen. Zuweilen griff sie auch selbst zur Feder.

Inge bleibt in unseren Herzen. Das ist sicher.

Dr. MANFRED PFAFF,

Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Weihnachten in Finow

Eberswalde (bbp). Am Samstag, den 12. Dezember, von 14 bis 18 Uhr, wird es im Eberswalder Ortsteil Finow weihnachtlich. Auf dem Schulhof der Grundschule Finow in der Schulstraße 1 sorgen rund 20 Händler mit einem bunten Programm für Weihnachtsflair. Organisator ist der erst kürzlich neu gegründete Finower Ortsteilverein.

Nach dem Markt lädt um 18.30 Uhr der Gemischte Chor Finowfurt zu einem Konzert in die Friedenskirche Finow ein.

Frohe Weihnachten, einen besinnlichen Jahreswechsel und einen guten Rutsch in ein erfolgreiches Jahr 2016 wünschen
Verein und Redaktion der Barnimer Bürgerpost

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum+subscribe@googlegroups.com

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 3. Dezember 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 31. Dezember 2015.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
 Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
 Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
 Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)